

rundschreiben
03/25



medico international

Vor aller Augen

Gaza und die Welt / Zehn Jahre Sommer der
Migration / Syrischer Neuanfang am Ende?

Auf einen Blick

medico-rundschreiben 03/25

4 Editorial

DER LEITARTIKEL

6 Wir Komplizen?

Seit zwei Jahren sind wir
Zuschauer:innen der Verbrechen
in Gaza



Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
60314 Frankfurt am Main
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002
info@medico.de
www.medico.de

Redaktion:
Mario Neumann (verantw.),
Tsafrir Cohen, Moritz Krawinkel,
Christian Sälzer, Karoline Schaefer,
Anita Starosta
Gestaltung und Bildredaktion:
Andrea Schuldt
Korrektorat: Silke Weidner
Fotos der Autor:innen:
medico, Privat

September 2025

Das medico-rundschreiben ist
auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

EIN GENOZID

- 12 Wenn „Nie wieder“ jetzt ist
Israelische Menschenrechtsorga-
nisationen klagen ihr Land an
- 16 Wird schon stimmen
In Israels Krieg gegen Gaza
errechnen Algorithmen die Ziele
- 20 Werden wir Geschichte sein?
Die palästinensische Tragödie
wiederholt sich

- 24 **Projekte / Projektionen**
Feministische Strategien,
Karawane für Klimagerechtigkeit,
Gesundheit im Visier
- 26 **Unverzeihlich**
Hat der Neuanfang in Syrien noch
eine Chance?
- 30 **Rausgewachsen**
Gewerkschaftliche Organisation
in Pakistan



DAS INTERVIEW

- ZEHN JAHRE SOMMER DER MIGRATION**
- 36 **Im Handgemenge**
Ein Jahrzehnt migrantischer
Kämpfe
- 42 **Für das Recht zu gehen**
medico-Kooperationen entlang der
Migrationsrouten
- 44 **Temple Run**
Europas Grenzen in Sierra Leone
- 46 **Vom Pfeifen im Walde**
Reportage von der
polnisch-belarussischen Grenze
- 52 **Armenbashing im Wochentakt**
Deutsche Sozialpolitik in Zeiten
globaler Krisen. Gespräch mit
Katja Kipping
- 58 **medico aktiv**
Solarenergie in Rojava, Rückkehr
der Landmine, Tatort: Namibia
- 60 **Spenden & Stiften**
...und Bestellen & Verbreiten
- 62 **No justice, no peace**
Letzte Seite: Das
medico-rundschreiben vor 25
Jahren

Die Bilder aus Gaza, die seit zwei Jahren auf uns einprasseln, sensibilisieren uns nicht mehr für das Leid der Palästinenser:innen. Sie gewöhnen uns an seine Alltäglichkeit.

Liebe Leser:innen,

bei vielen, denen Unrecht und Gewalt angetan wurde, herrschte lange eine Art Gewissheit, dass ihre Situation bei den Menschen anderswo zu Empörung und Widerstand führen würde, wenn sie nur ausreichend bebildert wäre. Das geflügelte Wort von der „Macht der Bilder“ meint zwar vor allem eine Herrschaftstechnologie. Doch Bilder waren auch ein Instrument, eine Ultima Ratio in der Hand derer, deren Schicksale von der Weltöffentlichkeit ignoriert wurden. Wenn die Menschen anderswo nur sehen könnten, was wirklich passiert, dann würden sie es auch nicht hinnehmen.

Man muss sich heute fragen, ob die hochfrequente Bebilderung von Tod, Leid und Zerstörung nicht oftmals den gegenteiligen Effekt hat. Die Bilder aus Gaza jedenfalls, die seit zwei Jahren auf uns einprasseln, sensibilisieren uns schon lange nicht mehr für das Leid der Palästinenser:innen. Sie gewöhnen uns vielmehr und zunehmend an seine Alltäglichkeit. Wir kennen das von den Toten auf dem Mittelmeer: Bilder, die einmal Empörung und Entrüstung hervorriefen, werden zum Medium der Normalisierung. Das permanente Hinsehen stumpft ab. Bleibt dann auch noch der politische Eingriff folgenlos, wird aus dem, was eben Skandal war, Beiläufiges.

Dieses rundschreiben geht der Frage nach, wie wir mit dieser Permanenz des Unrechts, aber auch mit der sie begleitenden Machtlosigkeit umgehen können. Der Leitartikel von medicos Geschäftsführer Tsafir Cohen blickt auf die deutsche Komplizenschaft im Gaza-Krieg. Bebildert ist sein Text mit Paul Klees Gemälde „Angelus Novus“: Eben dieser wurde bei Walter Benjamin zum Engel der Geschichte. „Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen und seine Flügel sind ausgespannt. [...] Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige

Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert“, schreibt Benjamin. Aufgerissene Augen, offener Mund – und dann? Das muss sich der Engel vielleicht nicht fragen lassen. Wir aber schon.



Mario Neumann
ist verantwortlicher
Redakteur des
medico-
rundschreibens.

Unsere langjährige israelische Partnerorganisation Physicians for Human Rights (PHR) stellte kürzlich gemeinsam mit der Menschenrechtsorganisation B'Tselem auf einer international breit rezipierten Pressekonferenz einen Bericht vor, der den Titel „Our Genocide“ trägt. Er schlussfolgert sowohl aus dem gegenwärtigen Kriegsgeschehen in Gaza als auch aus seiner Vorgeschichte, dass wir einem systematischen Vernichtungsfeldzug gegen das palästinensische Leben beiwohnen. Die Geschäftsführerin von B'Tselem, Yuli Novak, schreibt für uns darüber, was diese Feststellung für sie und ihr Land bedeuten.

Die Gewöhnung an die Regression lässt auch positive Erinnerungen verblasen, die hochzuhalten sich lohnen könnte. Zehn Jahre liegt der Fall des europäischen Grenzregimes im Sommer der Migration nun zurück. Unsere Kollegin Valeria Hänsel blickt anlässlich dieses Jubiläums ausführlich zurück auf ein Jahrzehnt migrantischer Kämpfe in Europa, den sie begleitenden autoritären Rollback und eine Vielzahl von medico-Kooperationen entlang der europäischen Migrationsrouten. Während vor zehn Jahren noch die meisten Blicke nach Griechenland gingen, wo an Orten wie Athen, Idomeni oder Moria Katastrophen provoziert und Geschichte geschrieben wurde, ist inzwischen auch die polnische Grenze zu Belarus ein Hotspot der Migration und der Grenzgewalt. Eine erschütternde Reportage über die Lage unweit der deutschen Gartenzäune finden Sie im hinteren Teil des Hefts. Sie erzählt auch davon, wie ganz normale Dorfbewohner:innen nicht in engelsgleicher Schockstarre verharrten, sondern angesichts des Leids zu mutigen Fluchthelfer:innen wurden. Manche von ihnen mussten sich dieser Tage dafür vor Gericht verantworten.

Am 27. September veranstaltet medico gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen und Einzelpersonen eine Großkundgebung mit Konzert in Berlin. Das Motto: „All Eyes on Gaza“. Das Format zählt eigentlich nicht zum klassischen medico-Repertoire. Es ist einer unserer Versuche, der Ausnahmesituation zu begegnen – auch wenn es sicher Mutigeres gibt und auch braucht.

Ich wünsche Ihnen eine in diesem Sinne inspirierende Lektüre.

Ihr
Mario Neumann

Wir Komplici- zen?



Seit zwei Jahren sind wir Zuschauer:innen der Verbrechen in Gaza. Der Leitartikel

Von Tsafrir Cohen

Seit dem 7. Oktober 2023 ringen wir bei medico um eine Sprache, die den Ereignissen in und um Gaza mit Empathie und Menschlichkeit, aber auch mit der ihnen entsprechenden Sachlichkeit begegnet. Wir waren dabei stets getragen von der Möglichkeit, mit den richtigen Worten und der angemessenen Intervention ein Handeln der Regierenden erzwingen zu können. Doch nicht nur uns ist dies nicht gelungen.

Seit beinahe zwei Jahren sind wir nun Augenzeugen von Verbrechen gegen die Menschheit, die die israelische Politik und Armee begehen. Die Gräueltaten des 7. Oktobers sind angesichts ihres Ausmaßes schon lange keine glaubwürdige Ursache mehr für das Geschehen. Und je länger dieser live übertragene Genozid anhält und vor unseren Augen stattfindet, umso mehr werden wir ungewollt zu seinen Kompliz:innen. Ein Gewöhnungsprozess tritt ein, der nicht auf Gaza beschränkt bleiben wird. Denn Gaza ist ein Menetekel, ein Vorgriff auf eine Zukunft der Mitleidlosigkeit, die eine neue Qualität erreicht: Das Leid von Millionen Menschen kann nicht nur ignoriert, sondern eine schon lange als überschüssig definierte Bevölkerung ausgehungert und mithilfe von KI, Drohnen und Robotern ausgelöscht werden. Während die Welt dabei seit mehr als zwei Jahren zusieht.

Was entfaltet sich hier vor unseren Augen? Bei medico sprechen wir schon seit dem rus-

sischen Krieg gegen die Ukraine von einem Kriegsregime, das sich weltweit, in Europa und in Deutschland entfaltet. Gemeint ist damit die Militarisierung der Politik und der Ökonomie. Ein Denken in Schwarz und Weiß, die Aufteilung der Welt in Gut und Böse. Das Kriegsregime wiederholt nicht nur die Alternativlosigkeit, die uns schon in den letzten 30 Jahren immer wieder gepredigt wurde, sondern militarisiert sie noch. Eben das hat die israelische Gesellschaft in endlose, schließlich genozidale Kriegshandlungen verwickelt, die einzig auf dem Prinzip der Macht und des Rechts des Stärkeren basieren.

In der Bundesrepublik gesellt sich die Tatsache hinzu, dass das Bekenntnis zur eigenen Gewaltgeschichte als Voraussetzung für ein offenes, dem Nationalismus endgültig abschwörendes und damit einwanderungsfreundliches Deutschland zur Ressentiment-Produktion gegen Zugewanderte verkommen ist. Die Westbindung, die Freiheit und Demokratie versprach, steht heute für die Remilitarisierung Deutschlands. Die angebliche Verteidigung liberaler Demokratie wird selbst illiberal, Diszens wird mit autoritären Mitteln begegnet. Das Völker- und Menschenrecht, das aus den Ruinen des Zweiten Weltkriegs, der Entkolonisierung und als Lehre von Auschwitz entstand, wird einer Staatsräson geopfert, die jede wirksame Einhegung der israelischen Politik, etwa durch gemeinsame europäische Maßnahmen,

verunmöglicht. In der Folge gab es keinen gemeinsamen massenmedialen Raum, in dem über Gaza ernsthaft und frei gesprochen und Positionen ausgehandelt werden können.

Dies hat unabsehbare Folgen für die deutsche Gesellschaft. Gerade migrantisch geprägte Menschen werden mit polizeilichen und anderen staatlichen Mitteln massiv unter Druck gesetzt, auch wenn sie schlicht auf das Völkerrecht pochen. Im zehnten Jahr des Sommers der Migration werden hierzulande andere Weltzugänge und Erinnerungskulturen, die nicht nur gesamtgesellschaftlich als Bereicherung wahrgenommen werden sollten, sondern auch den Weg in eine zeitgemäße Multidirektionalität der Erinnerungskultur ebnen könnten, abgetan,

Es gilt, sich von der realexistierenden Machtlosigkeit nicht beugen zu lassen. Statt uns ohnmächtig abzuwenden, sollten wir genau hinschauen und Zeugenschaft ablegen.

verboten, verächtlich gemacht, statt diese als potenzielle Horizonsweiterung zu sehen. Dabei könnte dies eben dazu führen, den Weltzugang über die Erinnerung an Faschismus und Shoah einerseits und über die Kolonialerfahrungen andererseits nicht gegeneinander auszuspielen, sondern zusammenzudenken. Dass dies vehement abgelehnt wird, führt wiederum zu einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung und zu einer Entfremdung vieler Migrant:innen. Der entstandene Schaden wird uns noch Jahre beschäftigen.

Radikale Zeugenschaft

Wie Walter Benjamins „Engel der Geschichte“ stehen wir machtlos und ohnmächtig vor der sich vor unseren Augen entfaltenden Geschichte. Wir erkennen das Elend, können aber nicht entscheidend eingreifen. In diesen Zeiten müssen wir uns fragen, was wir tun können, um dennoch nicht in Komplizenschaft zu geraten. Fertige Antworten haben wir alle miteinander nicht. Ein Ausgangspunkt könnte sein, der aufscheinenden Welt jenseits unserer gewohnten Wege zu begegnen, auf eine Art, die ich radikale Zeugenschaft nennen möchte. Dazu gehört zunächst, sich von der realexistierenden Machtlosigkeit nicht beugen zu lassen. Statt uns ohnmächtig abzuwenden, sollten wir genau hinschauen und Zeugenschaft ablegen.

Gibt es keine geeigneten herkömmlichen Orte, um Zeugenschaft abzulegen, etwa weil ein Gros der Medien der restriktiven Regierungspolitik nachhakt, so müssen neue Wege beschritten werden. Auch aus dieser Überlegung hat medico zusammen mit Partnern zu einer großen solidarischen Massenkundgebung in Berlin aufgerufen. Kein Akt aus medicos gewöhnlichem Repertoire. Doch wenn andere Orte, etwa staatlich getragene bzw. [mit]finanzierte – und das sind fast alle öffentlichen Räume hierzulande –, mitunter sogar rechtswidrig ihre Tore schließen, so müssen wir andere Orte hierfür finden, jenseits der Staatsräson.

Die Wahrnehmung der Verbrechen in Gaza ist auch eine Auseinandersetzung mit dem Autoritarismus. Dabei geht es nicht nur um den rechtsradikalen Autoritarismus, sondern auch um das autoritäre konservative Milieu und einer nach rechts rückenden Mitte, die bei der Verteidigung ihrer Privilegien nicht gestört werden will. Diese Verzahnung ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und die Idee einer anderen, möglichen Welt nicht aufzugeben,

bleiben wichtig. Die einer Welt, in der alle Menschen das Recht auf Rechte haben und nicht abhängig sind von der Gnade von Herrschenden, die, gewählt oder nicht, das alte allmächtige Recht der Fürsten zur allgemeinen Gel-

Gerade im globalen Süden wird Gaza zum Gradmesser dafür, wie es um die Ernsthaftigkeit des Westens steht, mit seinem kolonialen Erbe zu verfahren.

tung bringen möchten. Waren etwa das Recht auf Gesundheit und damit auf Leben seit jeher kaum zu realisieren, aber doch einforderbar, so sind sie in der Welt von Trump, des enorm einflussreichen deutschstämmigen Milliardärs Peter Thiel, aber auch der Präsidenten Xi und Putin, die neulich in Shanghai lieber als das Thema „Gesundheit für alle“ die technischen Möglichkeiten lebensverlängernder Maßnahmen für Männer ihres Alters diskutierten, nicht einmal diskursiv möglich. Damit wird das Bestehen auf das Recht auf angemessene Gesundheitsversorgung – in Gaza, aber auch jenseits dieses schmalen Streifens – zum Akt des Widerstands.

Die Verbundenheit mit der Welt und der Welt in uns

Das Grauen in Gaza ist keine interne deutsche Angelegenheit, auch wenn es manchen so vorzukommen scheint. Die himmelschreiende Diskrepanz zwischen der Art, wie hierzulande und wie anderswo – etwa in großen Teilen des globalen Südens – darüber berichtet und gedacht wird, muss permanenter Anlass sein,

darüber nachzudenken, wie sich die Bundesrepublik zur Welt verhält. Gerade im globalen Süden wird Gaza zum Gradmesser dafür, wie es um die Ernsthaftigkeit des Westens steht, mit seinem kolonialen Erbe zu verfahren. Diesem Menschheitsverbrechen, der Schatten der Aufklärung, ist keine historische Gerechtigkeit widerfahren. Der Umgang mit Gaza wird also die künftigen Beziehungen Deutschlands, Europas und des wie auch immer definierten Westens mit dem Rest der Welt zentral prägen. Ob wir im Sinne einer Reparatur der Geschichte agieren und wie wir mit der Welt interagieren, wird also auch in der Politik und auch im Sprechen über Gaza entschieden. Von hier aus gesehen gibt es vielleicht nur einen vernünftigen Ausweg, der sich als Lehre aus der verbrecherischen Vergangenheit Deutschlands in Europa und im globalen Süden ziehen lässt: Nie wieder gilt für alle.



Tsafir Cohen ist Geschäftsführer von medico international.

ב'צ'לם
B'TSELEM
بتسيلم



seel Aburass,



Dr. Guy Shaley,



in Genozid



Die zwei großen israelischen Menschenrechtsorganisationen B'Tselem und medico-Partner Physicians for Human Rights sagen auf einer Pressekonferenz: „Der gegenwärtige Krieg zielt darauf ab, das Leben der Palästinenser:innen in Gaza auszulöschen.“

Wenn „Nie wieder“ jetzt ist

Die Autorin, Vorsitzende einer großen israelischen Menschenrechtsorganisation, klagt ihr Land an

Von Yuli Novak

Meine Generation wuchs mit der Frage auf, wie normale Menschen angesichts von Gräueltaten ihr normales Leben weiterleben konnten. Jetzt müssen wir uns das selbst fragen.

Diese Frage lässt mir keine Ruhe: Kann das wirklich sein? Erleben wir gerade einen Genozid? Außerhalb Israels kennen Millionen bereits die Antwort. Aber viele von uns hier können – oder wollen – sie nicht laut aussprechen. Vielleicht weil die Wahrheit alles zu zerstören droht, was wir über uns selbst geglaubt haben und was wir sein wollten. Es beim Namen zu nennen, heißt zugeben, dass die Zukunft Rechenschaft verlangen wird – nicht nur von unserer Führungsriege, sondern auch von uns selbst. Allerdings kommt es uns noch viel teurer zu stehen, wenn wir uns weigern zu sehen, was geschieht.

Für Israelis meiner Generation war bislang das Wort „Genozid“ ein Albtraum aus einer anderen Welt. Ein Wort, das mit den Fotos unserer Großeltern und den Geistern der europäischen Ghettos verbunden war, nicht mit unseren eigenen Nachbarschaften. Mit historischem Abstand fragten wir andere: Wie konnten normale

Menschen ihr Leben weiterleben, während so etwas geschah? Wie konnten sie das zulassen? Was hätte ich an ihrer Stelle getan? In einer grotesken Wendung der Geschichte kehrt diese Frage nun zu uns zurück.

Seit fast zwei Jahren wohnen wir den Reden israelischer Politiker und Generäle bei, die laut verkünden, was sie vorhaben: Gaza aushungern, dem Erdboden gleichmachen und auslöschen. „Wir werden sie vernichten.“ „Wir werden Gaza unbewohnbar machen.“ „Wir werden die Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser und Strom unterbrechen.“ Das waren keine Versprecher. Hier wurde offen ein Plan verkündet, den das israelische Militär dann Stück für Stück umgesetzt hat. Die gezielte Bekämpfung von Menschen nicht wegen ihrer individuellen Eigenschaften, sondern weil sie einer Gruppe angehören, ist ein Angriff, der die Gruppe selbst zu vernichten trachtet. Nach der Definition aus dem Lehrbuch ist das ein Genozid. Wir hingegen erzählten uns Geschichten, um den Schrecken zu überstehen, Geschichten, die Schuldgefühle und Trauer fernhielten. Wir redeten uns ein, dass jedes Kind in Gaza zur Hamas gehörte, jede Wohnung eine Terrorzelle

sei. Ohne es zu merken, wurden wir zu diesen „normalen Menschen“, die ihr Leben weiterleben, während „es“ passiert.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, als mir zum ersten Mal bewusst wurde, was wirklich geschieht. Zwei Monate nach Beginn dessen, was ich damals immer noch als „Krieg“ bezeichnete, saßen drei meiner Kollegen von B'Tselem – palästinensische Menschenrechtsaktivisten, mit denen wir seit Jahren zusammenarbeiteten – mit ihren Familien in Gaza fest.

Um einen Genozid zu begehen, braucht es Voraussetzungen. In diesem Fall sind das: jahrzehntelange Apartheid und Besatzung, Separation und Entmenschlichung, eine Politik, die darauf abzielt, unsere Empathiefähigkeit zu zerstören.

Sie erzählten mir von Verwandten, die unter Trümmern begraben waren, davon, dass sie ihre Kinder nicht schützen konnten, von der lähmenden Angst. Bei den verzweifelten Bemühungen, sie aus Gaza herauszuholen, lernte ich etwas, das sich mir tief ins Gedächtnis eingebrannt hat: Damals konnte man einen lebenden Palästinenser in Gaza für etwa 20.000 Schekel „freikaufen“. Kinder kosteten weniger. Das Leben jedes Einzelnen besaß einen Preis. Doch hinter abstrakten Zahlen verbargen sich Menschen, die ich kannte. Da wurde mir klar: Die Regeln hatten sich geändert.

Seitdem ist das Surreale zur Routine gewor-

den. Städte wurden zu Asche. Ganze Stadtteile wurden dem Erdboden gleichgemacht. Familien wurden vertrieben und immer wieder vertrieben. Zehntausende wurden getötet. Hilfslieferungen wurden abgewiesen, blockiert oder bombardiert. So wurde künstlich eine Massenhungersnot herbeigeführt. Eltern fütterten ihre Kinder mit Tierfutter, einige starben, während sie auf Mehl warteten. Andere wurden erschossen. Unbewaffnete Zivilist:innen kamen zu Tode, weil sie sich Lebensmittelkonvois näherten.

Ein Genozid geschieht nicht ohne die massive Beteiligung der Bevölkerung, die ihn unterstützt, ermöglicht oder wegschaut. Das ist Teil seiner Tragik. Fast keine Nation, die einen Genozid begangen hat, hat in Echtzeit verstanden, was sie tat. Das Narrativ ist immer dasselbe: Selbstverteidigung, unvermeidbar, die Angegriffenen haben es selbst verschuldet.

In Israel beharrt die vorherrschende Erzählung darauf, dass alles am 7. Oktober mit dem Massaker der Hamas an Zivilisten im Süden Israels begann. Dieser Tag war ein wahrer Horror, ein grotesker Ausbruch menschlicher Grausamkeit: Zivilist:innen wurden abgeschlachtet, vergewaltigt, als Geiseln genommen. Ein nationales Trauma, das bei vielen Israelis ein tiefes Gefühl der existenziellen Bedrohung hervorrief.

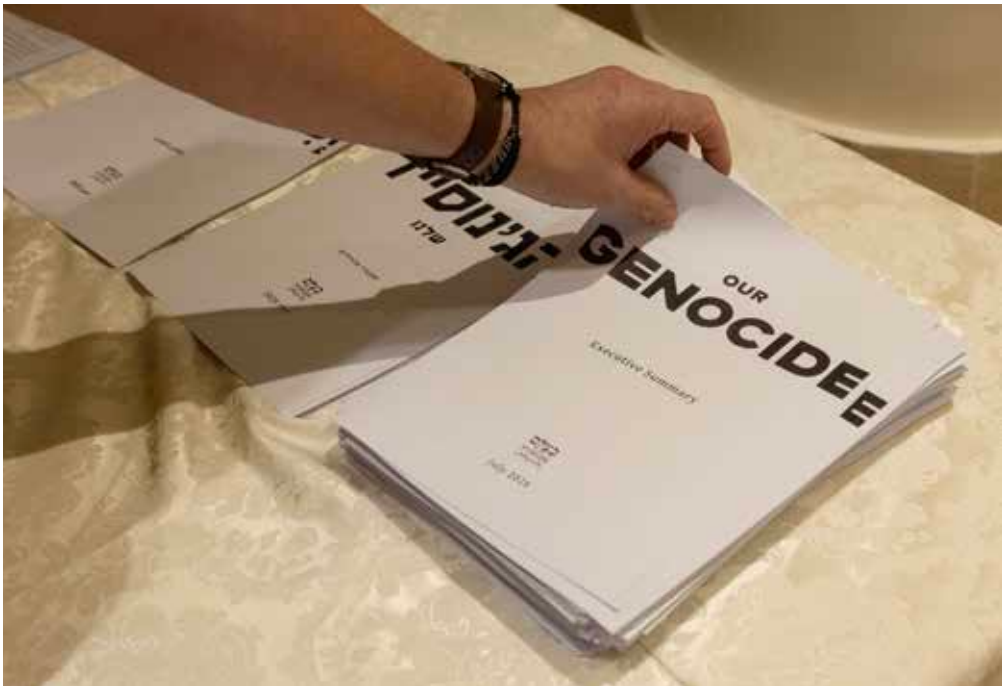
Der 7. Oktober war zwar ein Auslöser, reicht aber als Erklärung allein nicht aus. Um einen Genozid zu begehen, braucht es Voraussetzungen. In diesem Fall sind das: jahrzehntelange Apartheid und Besatzung, Separation und Entmenschlichung, eine Politik, die darauf abzielt, unsere Empathiefähigkeit zu zerstören. Der von der Welt abgeschnittene Gazastreifen wurde zum Kulminationspunkt dieser politischen Architektur. Seine Bewohner:innen wurden in unseren Vorstellungen zu Abstraktionen, zu ewigen Geiseln, zu Objekten, die alle paar Jahre

bombardiert werden, um Hunderte oder Tausende zu töten, ohne dass jemand dafür zur Rechenschaft gezogen wird. Wir wussten, dass mehr als zwei Millionen Menschen unter Belagerung lebten. Wir wussten von der Hamas. Wir wussten von den Tunneln. Im Nachhinein wussten wir alles. Und doch waren wir nicht in der Lage zu verstehen, dass einige von ihnen einen Weg finden könnten auszubrechen.

Was am 7. Oktober geschah, war nicht nur ein militärischer Misserfolg. Es war ein Zusammenbruch unserer sozialen Vorstellungskraft, unserer Illusion, dass wir all die Gewalt und Verzweiflung hinter einem Zaun einsperren und auf

unserer Seite friedlich leben könnten. Dieser Zusammenbruch erfolgte unter der extremsten rechten Regierung in der Geschichte Israels, einer Koalition, deren Minister offen von der Auslöschung Gazas träumen. Und so kam es im Oktober 2023 zu einer Konstellation, die unserem schlimmsten Albtraum entsprach.

Kürzlich veröffentlichte B'Tselem einen Bericht mit dem Titel „Our Genocide“ [Unser Völkermord], der von palästinensischen und jüdisch-israelischen Forscher:innen gemeinsam verfasst wurde. Er ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil dokumentiert, wie dieser Genozid durchgeführt wird: Massenmorde, Zerstörung



„Die Erkenntnis, dass das israelische Regime im Gazastreifen Völkermord begeht, und die tiefe Besorgnis, dass sich dieser auf andere Gebiete ausweiten könnte, in denen Palästinenser unter israelischer Herrschaft leben, erfordern dringende und unmissverständliche Maßnahmen.“ Aus dem Bericht „Our Genocide“

der Lebensbedingungen, sozialer Zusammenbruch und künstlich herbeigeführte Hungersnot, allesamt angeheizt durch die Hetze israelischer Politiker und verstärkt durch die Medien. Der zweite Teil des Berichts zeichnet den Weg nach, der bis hierher geführt hat: Jahrzehnte systematischer Ungleichheit, Militärherrschaft und Politik der Trennung, die die Entbehrlichkeit der Palästinenser normalisiert haben.

Um dem Genozid entgegenzutreten, müssen wir ihn zunächst verstehen. Und um dies zu tun, mussten wir – jüdische Israelis und Paläs-

Unsere politische und historische Verantwortung besteht darin, unseren Blick auf die Täter:innen zu richten und in Echtzeit zu bezeugen, wie sich eine Gesellschaft zu einer Gesellschaft wandelt, die des Genozids fähig ist.

tinenser:innen – gemeinsam die Realität aus der Perspektive der Menschen betrachten, die in diesem Land leben. Unsere moralische und menschliche Verpflichtung ist es, den Stimmen der Opfer Gehör zu verschaffen. Unsere politische und historische Verantwortung besteht darin, unseren Blick auf die Täter:innen zu richten und in Echtzeit zu bezeugen, wie sich eine Gesellschaft zu einer Gesellschaft wandelt, die des Genozids fähig ist.

Diese Wahrheit anzuerkennen, ist nicht leicht. Selbst bei uns, die wir seit Jahren staatliche Gewalt gegen Palästinenser:innen dokumen-

tieren, sträubt sich der Verstand gegen sie. Er lehnt die Fakten ab, als wären sie Gift. Man ist versucht, sie auszuspucken. Aber das Gift ist da. Es überschwemmt die Körper derer, die zwischen dem Fluss und dem Meer leben – Palästinenser:innen wie Israelis gleichermaßen – mit Angst und unfassbarem Verlust.

Der israelische Staat begeht einen Genozid. Und wenn man das einmal akzeptiert hat, taucht die Frage, die wir uns unser ganzes Leben lang gestellt haben, mit neuer Dringlichkeit wieder auf: Was hätte ich damals, auf diesem anderen Planeten, getan? Nur ist die Antwort nicht rhetorisch. Damals ist jetzt. Es sind wir. Und es gibt nur eine richtige Antwort: Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um es zu verhindern.

Der Bericht „Our Genocide“ ist unter [btslem.org](https://www.btslem.org) zu finden.



Yuli Novak ist Geschäftsführerin von B'Tselem, dem israelischen Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten. Der hier abgedruckte Text erschien auch im Guardian.

Wird schon stimmen

In Israels Krieg gegen Gaza errechnet Künstliche Intelligenz die Ziele. Die Folge: ein nur vermeintlich präziser Massenmord. Interview mit Sebastian Ben-Daniel



Foto: Privat

Sebastian Ben-Daniel ist Informatiker an der Ben-Gurion-Universität im Negev und forscht seit Jahren zur israelischen Besatzungspolitik und der verwendeten Waffentechnologie.

Im laufenden Krieg gegen Gaza werden die Ziele israelischer Angriffe durch Künstliche Intelligenz errechnet. Wie funktioniert der Einsatz von solchen KI-Systemen und seit wann werden sie eingesetzt?

Angefangen hat es mit dem palästinensischen Aufstand im Jahr 2016, der auch als Messer- oder Lone-Wolf-Intifada bekannt ist. Damals ging es darum, potenzielle Einzeltäter in den besetzten Gebieten zu identifizieren, schon bevor sie einen Anschlag verüben. Wenn Sie den 2002 erschienenen Film „Mino-

rity Report“ gesehen haben, können Sie sich diese Praxis vielleicht besser vorstellen. Im Grunde war das Ganze ein Versuch, durch das Screening von sozialen Medien und anderen Datenbanken vorhersagende Polizeiarbeit mit KI zu ermöglichen – und zwar im Kontext der Besatzung.

Wie wurde man durch das Programm zum Verdächtigen?

Zum Beispiel: Wenn jemand religiöse Posts schrieb. Oder wenn die Stimmung in den Posts überwiegend aggressiv oder traurig war. Oder sogar, wenn jemand sich die Haare schneiden ließ. Es wurde vermutet, man wolle sich besonders anständig in seinem letzten Bild präsentieren.

Anhand dessen wurde damals eine Liste von Tausenden Jugendlichen zusammengestellt, die als verdächtig galten und daraufhin verhaftet wurden...

Man konnte diese Jugendlichen eigentlich nicht wegen solcher Merkmale anklagen. Stattdessen wurden mehrere von ihnen ohne Verfahren in Administrativhaft gesteckt oder wegen „Aufwiegelung“ angeklagt. Es reichte, etwas gegen die Besatzungsmacht zu schreiben und zu Protest aufzurufen. Eine Demons-

tration im Westjordanland ist ja immer illegal. Das Militär glaubte, dass jemand, den man für drei, vier Monate einsperrt, „abkühlt“ und nicht mehr gefährlich ist.

Waren diese KI-Programme erfolgreich?

So wurde es zumindest in Militärkreisen dargestellt. Ein Offizier sagte damals, sie wüssten, dass irgendein Teenager ein Terrorist wird, bevor er selbst das weiß. Tatsächlich gab es keinen einzigen Fall, in dem ein Identifizierter tatsächlich mit einem Messer in der Hand gefasst wurde.

Aber das Militär hatte ein Instrument, das zu Tausenden Festnahmen und Razzien führte. Im Grunde war es eine großangelegte Einschüchterungskampagne gegen die Zivilbevölkerung, die aber als im Einzelfall begründet und extrem gezielt galt.

Genau. Es wurden plötzlich zahlreiche Ziele ausgemacht. Ob diese Ziele im polizeilichen Sinne relevant waren, ist fraglich. Und damit

Seit Oktober 2023 sind die Systeme fast komplett automatisiert worden. Eine Kontrolle durch Menschen ist de facto abgeschafft.

kommen wir zu Gaza. Eine große Schwierigkeit für das Militär während des Angriffs im Jahr 2014 bei der „Operation Protective Edge“ war, dass die sogenannte „Ziele-Bank“, also eine durch große Teams erstellte Liste von militärischen Zielen, sehr schnell erschöpft war. Sie enthielt 400 bis 500 Ziele und war

nach wenigen Tagen zum Großteil abgearbeitet. Dann wussten sie nicht, was sie, rein militärisch, tun sollten. Also brauchten sie ein System, das das automatisch erledigt. Denn der Mensch in der Schleife war viel zu langsam. Aufgrund dieser Erfahrung wurde ein KI-System entwickelt, das bereits 2021 während des Angriffs auf den Gazastreifen zum Einsatz kam. Es sollte palästinensische Kämpfer anhand zahlreicher Kriterien identifizieren – von Handy-Nutzung, die als verdächtig galt, bis hin zu einem Umzug in eine neue Wohnung – und ihren möglichen Anwesenheitsort für einen Angriff herausfinden.

2021 waren die zivilen Opferzahlen noch vergleichsweise gering.

Damals setzten sie das System noch nicht in dem Ausmaß ein wie heute. Es war strenger reguliert. Jeder Zielvorschlag des Systems wurde von einem Menschen überprüft. Zudem war die Zahl der sogenannten „akzeptablen Kollateralschäden“ viel niedriger. Es handelte sich also noch um ein Experiment. Mit dem Ergebnis war man aber sehr zufrieden, weil das System plötzlich einen Überschuss von „Zielen“ produzierte.

Meint der ehemalige Generalstabschef Aviv Kochavi das, als er 2022 erklärte, „die Industrialisierung der präzisen Vernichtung“ solle zum leitenden Prinzip der kommenden Auseinandersetzungen werden?

Es gab eine deutliche Tendenz, die Wirksamkeit solcher KI-Programme zu überschätzen. Sie arbeiten viel mehr quantitativ als qualitativ und sind beispielsweise nicht dafür geeignet, Personen aus der Hamas-Führung zu identifizieren. Dafür gibt es immer noch menschliche Teams. Aber sie erlaubten, unter dem Anschein militärischer Logik viel mehr und viel schneller anzugreifen. Was seit Oktober 2023 erfolgte, war – das kann man auch in den Artikeln von Yuval Abraham im

+972 Magazine nachlesen – die fast komplette Automatisierung dieser Systeme. Eine Kontrolle durch Menschen war de facto abgeschafft, es gab nun keine ernstzunehmenden Sicherungen mehr und eine viel höhere Zahl von sogenannten erlaubten Kollateralschäden.

Offizielle israelische Quellen sprechen immer wieder von gezielten Schlägen und der militärischen Notwendigkeit ihrer Aktionen im Gazastreifen. Wie lässt sich das angesichts der vollständigen Zerstörung und der enormen Zahl ziviler Opfer erklären?

Wenn man sich Gaza heute anschaut, kann man sich quasi rückwärts erschließen, was die Verantwortlichen der Zerstörung gedacht haben. In einer jüngst veröffentlichten Auf-

Algorithmen geben der Tötungsmaschine den Anschein von Legalität und Zielgenauigkeit. So wird politische Zustimmung erzeugt.

nahme sagt der damalige Chef des Direktorats für militärische Aufklärung (Aman) Aharon Haliva: „Für jeden, der am 7. Oktober getötet wurde, mussten 50 Palästinenser sterben. Es spielt jetzt keine Rolle, ob es Kinder sind. [...] Es gibt dazu keine Alternative“. Wenn 50.000 Tote das eigentliche Ziel war, war der Einsatz von KI-Programmen unerlässlich.

Das verstehe ich nicht genau...

Die meisten Todesopfer in Gaza resultieren aus Luftangriffen auf Menschen, die vom

KI-System verdächtigt wurden, untergeordnete Hamas-Aktivisten zu sein. Ihre militärische Bedeutung ist gering, aber es sind viele. Und wenn der „Kollateralschaden“ – also Kinder, Nachbarn und Familien dieser Aktivisten – groß genug skaliert ist, wird das Ziel von 50.000 palästinensischen Opfern erreicht. Algorithmen waren also nicht die Ursache, sondern das Werkzeug. Sie generierten eine exponentielle Zahl neuer Ziele und ermöglichten einen Tötungsmaßstab, den Menschen allein nicht hätten umsetzen können. Die IDF argumentiert, dass jedes Ziel überprüft wurde. Aber die Geschwindigkeit war so hoch, dass diese Überprüfung nur noch ein Alibi gewesen sein kann.

Warum braucht man diese Technologie, wenn das Ziel ohnehin das Töten ist? Warum nicht einfach wahllos Bomben werfen?

Das ist der entscheidende Punkt: Die KI gab dieser Tötungsmaschine den Anschein von Legalität und Zielgenauigkeit. Auch im Oktober 2023 konnten die IDF-Kommandeure – wie in vielen historischen Fällen von Genozid – keinen Befehl zur wahllosen Tötung erteilen. Das wäre barbarisch. Sie mussten stattdessen politische Zustimmung generieren. Ganz zentral ist es auch, den Einsätzen bei den ausführenden Soldaten Legitimität zu verschaffen. Bei den Piloten ebenso wie bei den Zielanalysten der Einheit 8200, die aus eher liberalen Milieus stammen, musste man sicherstellen, dass sie diesen Massenmord ausführen. Dabei musste man sie von mindestens zwei Dingen überzeugen: Zum einen, dass es keine Alternative gibt. Die massive Bombardierung sei kein Ausdruck mörderischer Ideologie, sondern „faktenbasiert“ – mit dem Vorteil, dass das System angeblich schneller und besser analysiere als jeder Mensch. Zum anderen, dass alles legal ist. So galten die Angriffe, abgesegnet durch die Rechtsabteilung des Militärs, als „verhältnismäßig“, weil der Kolla-

teralschaden – abgesehen von einigen Fällen mit Hunderten Toten bei hochrangigen Zielen – als gering betrachtet wurde gemessen an einer angeblich nahezu unbegrenzten Bedrohung. Denn alle, die mit der Hamas zu tun hätten, müssten liquidiert werden.

Es gab aber Bilder aus Gaza, auch wenn die israelischen Medien sie nicht gezeigt haben. Hat man die Konsequenzen dieser Aktionen nicht gesehen und verstanden?

Man muss die Rolle von Militärpropaganda in diesem Krieg verstehen. Es gibt Einheiten und vorgeschobene Organisationen außerhalb des Militärs, deren einzige Aufgabe es ist, Informationen aus Gaza infrage zu stellen – ähnlich wie die Tabakindustrie Zweifel an der Schädlichkeit des Rauchens gesät hat. Man muss keine echten Zahlen liefern. Es reicht, zu behaupten, dass es keine verlässlichen Infos gibt. Wenn die Palästinenser etwas sagen, heißt es sofort: Sie lügen, manipulieren oder übertreiben. Es gibt auch eine aktive Unterdrückung des eigenen Denkens. Viele im Sicherheitsapparat sprechen weiterhin vom Krieg und von Kampfstrategien, ohne das tatsächliche Geschehen – die komplette Zerstörung des Gazastreifens – als Resultat des Krieges wahrzunehmen.

Das ist kaum zu glauben – zumal die Siedlerbewegung und ihre Vertreter die Zerstörungen als messianische Errungenschaft feiern.

Ja, im israelischen Diskurs gilt mittlerweile das Militär als „links“. Generäle distanzieren sich von rechtsextremen Genozid-Aufrufen, Piloten von den Gräueltaten einiger Bodeinheiten mit vielen Siedlern. Dabei wird deren Vision genau von solchen „Liberalen“ mit juristisch abgesegneten KI-Programmen umgesetzt.

Wenn man über das Verbrechen des Genozids spricht, geht es sehr oft um die Frage

einer „Absicht“. Sicherlich wurden viele Entscheidungen in den ersten Monaten von Rachegehlüsten beeinflusst – aber reicht das?

Ich glaube nicht, dass es einen detaillierten Masterplan gab, der von Anfang an vorsah, einen Genozid zu begehen. Es gab keine Geheimtreffen dazu.. Es geschah aber trotzdem, und zwar schrittweise. Vor allem, weil die Welt nichts dagegen unternommen hat. Dieser Freifahrtsschein hat auch die Israelis überrascht. Als vor einem Jahr Rafah überfallen werden sollte, zeigten sich Europa und die USA sehr besorgt. Aber als die Offensive begann und die Stadt am Ende ausgelöscht war, passierte nichts. Da wird die Regierung gedacht haben: Wenn das geht, können wir so weitermachen. Angesichts der KI-Programme, die im Minutentakt neue Angriffsziele ausgespuckt haben, war auch die sogenannte Ziele-Bank nie erschöpft. In dieser Hinsicht trug die Künstliche Intelligenz dazu bei, den Krieg ewig zu verlängern.

Das Gespräch führte Yossi Bartal.

Werden wir Geschichte sein?



Foto: Anne Pag

Der Strand von Gaza: Vor dem Krieg ein Ort des Rückzugs und der Erholung für die Menschen hier.

Von 1948 bis Gaza: Die palästinensische Tragödie wiederholt sich

Von Hanin Majadli

Vor einigen Tagen sah ich eine Stellenanzeige: „Gesucht: 40-Tonnen-Bagger mit Fahrer für Abrissarbeiten im Gazastreifen zur Verstärkung unseres Teams. 7 bis 16:30 Uhr, 6.000 Schekel (1.790 US-\$) pro Tag. Die Armee bezahlt den Dieselmotorkraftstoff.“ Es erschien mir wie ein Déjà-Vu. Ich rief mir eine Szene aus dem Dokumentarfilm „Blue Box“ von 2021 ins Gedächtnis. Der Film handelt vom Jüdischen Nationalfonds, der lange vor der Staatsgründung Israels Land in Palästina kaufte und der bis heute große Teile des sogenannten Staatslands im Auftrag des Staates zur ausschließlichen jüdischen Nutzung verwaltet. Besagte Szene spielt während des Krieges von 1948, nach dem Beschluss der Vereinten Nationen zur Teilung Palästinas, als Teile des Kabinetts von Ben Gurion das „Transfer Komitee“ gründeten, um die Vertreibung von Palästinenser:innen zu organisieren. Zu sehen ist eine Diskussion im Jischuv, dem jüdischen Gemeinwesen vor der Gründung des Staates Israel. Es geht darum, wie man Araber:innen zur Umsiedlung bewegen und verhindern kann, dass sie in ihre Dörfer zurückkehren. Zu sehen ist ein historisches Dokument, ein Brief des Bauunternehmers Solel Boneh an die Büros des Jüdischen Nationalfonds in Tel Aviv. Überschriften ist es mit der Zeile: „Betreff: Rechnung für den Abriss von Dörfern in Samaria und im Süden“.

Was damals begann, wird seither mit den immergleichen Mitteln fortgesetzt. Häuser wer-

den zerstört, Land wird weggenommen und den eigenen Leuten zugeteilt. Es kommt zu gezielten Vertreibungen, die eine Bevölkerung wird durch die andere ersetzt. All das ist weder Zufall noch Irrtum. Vielmehr schreitet ein Mechanismus der Kontrolle und ethnischen Säuberung mittels Zerstörung und Vernichtung voran. Die Geschichte wiederholt sich immer und immer wieder. Der Staat Israel wurde auf Teilen Palästinas errichtet und von dort aus erweitert. Es wird immer weiter gebaut, Israel dehnt sich aus, bis alles, was einmal Palästina war, ausgelöscht ist. Die Stellenausschreibung für einen Baggerfahrer ist der zeitgenössische Ausdruck ebenjener Politik, die das palästinensische Leid in eine israelische Wiedererweckung verwandelt.

Irgendwann, wenn die Zerstörung von Palästina abgeschlossen sein wird, werden Dokumentarfilme über die palästinensische Katastrophe entstehen. Sie werden von der ersten und der zweiten Nakba berichten, so wie es heute Dokumentationen über den Ersten und Zweiten Weltkrieg gibt. Womöglich wird die Stellenanzeige von heute in einem Film als historisches Zeugnis gezeigt werden. Genau wie die Rechnung von Solel Boneh aus dem Jahr 1948 wird sie ein scheinbar nebensächliches, alltägliches, formales Dokument sein – und gleichzeitig Beweis für einen Mechanismus, der Grenzen auf Kosten der Menschenrechte verschiebt und einem Volk Leben und Land nimmt.

Was wird dann dort geschrieben stehen? „Es gab ein Volk, und es wurde ausgelöscht“? Wird eine Spur von uns in die Geschichte eingehen, auch wenn wir nicht mehr da sind? Werden wir zu einem Mythos, einer Volkssage, einer Geschichte, die von Eltern an Kinder weitergegeben wird, über diejenigen, die einst hier lebten? Jedes Schreiben schafft ein Dokument von historischem Wert. Jedes Wort darüber, was hier gerade geschieht, was davor geschah und was wir darüber hören werden, was einst hier war, ist sowohl Zeugnis als auch Vorhersage. Die Zukunft sieht aus wie die Vergangenheit, von der ich gehört habe. Ich schreibe wie Palästinenser:innen, die lange vor mir über die ungewisse Zukunft geschrieben haben, und ich schreibe dasselbe. Sie schrieben auf Arabisch. Ich schreibe bereits in der Sprache der Besatzung.

Alles, was ich heute lese, jede Nachricht und jede Anzeige, klingt genauso wie vor hundert Jahren. Damals nannten die Menschen die Gräueltaten beim Namen. Vielleicht gab es noch ein gewisses Maß an Scham oder Sorge um den äußeren Schein. Heute klingt alles, was sie sagen, bösartig. Schreiben ist die einzige Möglichkeit, eine Erinnerung zu hinterlassen und am Leben festzuhalten inmitten der fortwährenden Zerstörung.

Das Folgende geschah, als die Unterdrückung palästinensischer Bürger:innen Israels und jener, die es wagten, den Krieg zu kritisieren, Gaza zu unterstützen oder zu sagen, dass dort unschuldige Menschen leben, ein neues Höchstmaß erreicht hatte. Ein israelischer Bekannter rief mich aufgebracht an. Er sagte: „Ich habe die Sängerin Dalal Abu Amneh unterstützt, als sich alle gegen sie gewandt haben. Ich habe mich für ihr Recht eingesetzt, zu sagen, was sie will, und sie gegen den Vorwurf,

Terror zu unterstützen, verteidigt. Aber jetzt nehme ich das alles zurück. Sie ist nicht so unschuldig, wie ich dachte.“

Was sich geändert habe, wollte ich wissen. Er antwortete: „Sie hat Volkslieder über Märtyrer und Palästina gesungen. Sie bezeichnet Israel als Palästina.“ – „Nun“, sagte ich, „ich nenne Israel auch Palästina.“ Und ich erzählte ihm, dass palästinensische Volkslieder bei Hochzeiten und sogar bei Beerdigungen voller Homagen an Shahids sind, an diejenigen, die ihr Leben für ihr Volk oder ihren Glauben opfern. „Sollten wir das vielleicht auch verbieten?“ Ich weiß nicht mehr genau, wie das Gespräch endete. Aber ich erinnere mich, dass er etwas sagte wie: „Ich rede gerne mit dir, weil du mir die Wahrheit nicht vorenthältst, auch wenn sie wehtut. Bei anderen arabischen Bekannten habe ich das Gefühl, dass sie nicht offen sind.“ Ich wurde sarkastisch. „Oh, du magst also Offenheit.“ Also erinnerte ich ihn daran, dass die meisten arabischen Bekannten von Jüdinnen und Juden in Israel entweder ihre Dienstleister oder Untergebenen sind. Alle leben in einer Realität jüdischer Vorherrschaft. Alle haben Angst, ihre politischen Ansichten zu äußern.

Seit den Tagen der Militärregierung in Israel nach 1948 ist es unseren Eltern und Großeltern verboten gewesen, zu sagen, was sie wirklich denken. Sie wurden verhaftet, strafrechtlich verfolgt, aus ihren Jobs entlassen, ins Exil geschickt, nur weil sie das Wort „Palästina“ ausgesprochen hatten.

Ein solches Gespräch hätte vor zehn Jahren niemals stattfinden können. Damals war ich Anfang 20, ich war neu in der Großstadt und hatte meine ersten ungefilterten Begegnungen mit Israelis. Ich hatte Angst vor ihnen. Ich wusste, dass ich einen hohen Preis würde zahlen müssen, wenn ich meine Meinung offen vertrete. Ich hatte sogar Angst, dass sie enttäuscht

sein würden, wenn sie herausfänden, wer ich wirklich war. Ich versuchte, die Wahrheit zu verbergen. Ich versuchte zu überleben. Außerdem hatte mein Vater mich gewarnt, ich solle nicht zu viel über Politik sprechen.

Es ist ein offenes Geheimnis: Unter uns sagen wir Palästina. Auf Hebräisch sagen wir Israel. Aber die Israelis dürfen das nicht wissen. Wann genau ich „Israel“ und wann ich „Palästina“ sage? Mir ist klar geworden, dass ich in bürokratischen, politischen oder diplomatischen Kontexten Israel sage. Aber wenn es in Gesprächen um Romantik, Emotionen, Geschichte oder Zugehörigkeit geht, sage ich „Palästina“. Bis heute verspüre ich jedes Mal, wenn ich „Palästina“ auf Hebräisch sage, einen Nervenkitzel. Es ist fast ein kindliches Gefühl, als hätte ich das System besiegt.

Zu Beginn der Highschool, als mein politisches Bewusstsein durch den Kontakt mit palästinensischen Nationalbewegungen Gestalt annahm, las ich die Schriften von Ghassan Kana-fani, Naji al-Ali, George Habash, Abu Iyad und Abu Jihad. Sie waren meine Vorbilder. Sie waren meine Facebook-Profilbilder. Als ich mein Studium an der Universität Tel Aviv begann, nahm ich ihre Bilder ab. Niemand musste mir sagen, dass so etwas nicht akzeptabel war. Ich wechselte von romantischem Nationalismus zu einer pragmatischen Haltung.

Meistens habe ich das Gefühl, in der Geschichte zu leben, in ihr festzustecken. Ich kann nicht über die Zukunft nachdenken, sie beschreiben oder gar optimistisch sein. Egal, wohin ich in diesem Land gehe: Überall sehe ich, wie die palästinensische Präsenz schwindet. Ich sehe unsere Nekrose. Wie kann ich in einem solchen Zustand der Verzweiflung denken – mit der Ahnung, dass sich unsere Tragödie wiederholt und auch mich bald verschlingen wird?

NOTHILFE IN GAZA

Die Lebensgrundlagen von mehr als zwei Millionen Menschen sind zerstört. Wohn- und Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Moscheen und Bibliotheken, landwirtschaftliche Flächen: Nichts ist verschont geblieben. Hunderttausende harren in Notunterkünften oder unter freiem Himmel aus. Israels Blockade der Hilfslieferungen hat eine Hungersnot verursacht.

Unsere Partnerorganisationen in Gaza wie die Palestinian Medical Relief Society, die Mayasem Association for Culture and Arts und die Culture & Free Thought Association sind weiterhin aktiv. Unter widrigsten Bedingungen leisten sie medizinische und psychosoziale Nothilfe. Sie helfen bei der Errichtung von Zeltstädten, besorgen Material zum Bau von Brunnen und kümmern sich um provisorischen Schulunterricht. Sie tun alles in ihrer Macht Stehende, um die Not zu lindern. Mehr denn je ist unsere Unterstützung gefragt.

Spendenstichwort: Nothilfe Gaza



Hanin Majadli ist eine palästinensische Journalistin. Der Text basiert auf zwei Kommentaren, die sie für die israelische Zeitung Haaretz geschrieben hat und die dort am 21. August bzw. 5. September 2025 erschienen sind.

Projekte Projekti- onen

Feministische Gegenwehr

Transnationaler Austausch in
autoritären Zeiten

Der weltweit zunehmende Autoritarismus erschwert die Arbeit vieler medico-Partner:innen immer gravierender. Ein wichtiges Instrument, um weiter unter solch verheerenden Umständen und gegen sie arbeiten zu können, sind feministische Strategien und Kämpfe. Sie wenden sich dezidiert gegen autoritäre Strukturen, organisieren Solidarität und halten zivilgesellschaftliche Räume für Austausch und Fürsorge offen. In dem von medico unterstützten digitalen „Transnationalen Austausch zu feministischen Strategien in Zeiten des erstarkenden Autoritarismus“ kommen medico-Partner:innen aus Afghanistan, Südafrika, Chile, der Ukraine und Brasilien genau hierüber ins Gespräch. Sie alle kämpfen lokal gegen die Folgen von wachsender Repression, massiver Kriminalisierung und Einschränkungen von Grundrechten. Die Vernetzung fördert ihren Erfahrungsaustausch untereinander, verbindet ihre Kämpfe und stärkt so die Wirkmächtigkeit ihrer feministischen Gegenstrategien.

ESTRATEGIAS FEMINISTAS
FEMINIST STRATEGIES
EN TIEMPOS DE UN
IN A GLOBALLY RISING
CRECIENTE AUTORITARISMO
AUTHORITARIANISM

Spendenstichwort: Psychosoziale Hilfe

Wer schuldet wem was?

Von Mexiko nach Brasilien: Karawane für Klimagerechtigkeit

Im Vorfeld der nächsten internationalen Klimakonferenz, die im November in Brasilien stattfinden wird, organisiert Debt for Climate (D4C) eine Karawane: Gemeinsam mit anderen Netzwerken machen sich die Aktivist:innen von Mexiko aus auf den Weg bis zum Veranstaltungsort der COP30 in Brasilien. Die medico-Partnerorganisation ist eine globale Bewegung, die sich für einen Schuldenschnitt für den globalen Süden und die Anerkennung von „ökologischer Schuld“ des globalen Nordens einsetzt, also der maßgeblichen Verantwortung der Industrienationen für die bereits verheerenden Auswirkungen der Klimakrise. D4C zeigt auf, wie die Staatsverschuldungen vieler Länder des globalen Südens bei Entwicklungsbanken und privaten Investmentbanken ihre Möglichkeiten zur Anpassung an und zum Schutz vor Klimaveränderungen einschränken – wie sie in einem Teufelskreis aus Schulden- und Klimakrise gefangen sind. Der Protestzug zur Klimakonferenz soll auf die weltweite Ungerechtigkeit aufmerksam machen, die Forderungen und territorialen Kämpfe von Gemeinschaften in Mittel- und Südamerika sichtbar machen und gleichzeitig lokale Bewegungen unterstützen, die sich für mehr Klimagerechtigkeit einsetzen.

Spendenstichwort: Klimagerechtigkeit



In Gaza wurden mindestens 1.400 Gesundheitsarbeiter:innen getötet.

Gesundheit im Visier

Weltweit nehmen Angriffe auf medizinische Infrastrukturen zu

Die Zerstörung von Krankenhäusern und die gezielte Tötung von medizinischem Personal in Gaza ist keine Ausnahme. Vielerorts geraten Gesundheitsarbeiter:innen, Patient:innen und medizinische Versorgungsstrukturen zunehmend ins Visier von Gewalt und Repression. Die langjährige medico-Partnerorganisation und globale Gesundheitsbewegung „People’s Health Movement“ (PHM) dokumentiert diese Angriffe in ihrer Kampagne „Health Under Attack“. Die Berichte reichen von der Kriminalisierung streikender Pflegekräfte auf den Philippinen über Einschüchterungen gegen Gesundheitsinitiativen in der Türkei bis hin zu direkten Übergriffen in Kriegs- und Krisengebieten wie in der Ukraine und in Gaza. Damit macht das PHM sichtbar, dass das Recht auf Gesundheit nicht allein durch mangelnde Versorgung bedroht ist, sondern auch durch politische und militärische Angriffe auf jene, die für dieses Recht eintreten. Zugleich stärkt das PHM lokale Bewegungen, die vor Ort für sichere Arbeitsbedingungen, den Zugang zu Versorgung und den Schutz von Menschenrechten eintreten.

Spendenstichwort: Globale Gesundheit

Unverzeihlich

Syrien nach den Gewaltausbrüchen gegen Minderheiten: Hat der Neuanfang noch eine Chance? Fragen an Yassin al-Haj Saleh



Foto: Privat
Yassin al-Haj Saleh ist syrischer Intellektueller und prominenter Dissident. Er lebt im Exil in Berlin. Im medico-rundschreiben schreibt er regelmäßig, zuletzt über die „Vier Merkmale des Terrors“.

Wie blickst du auf die jüngste Angriffswelle auf drusische Gemeinschaften im Süden Syriens?

Dieser Gewalt liegt ein strukturelles Problem zugrunde. Syrien ist eine sehr vielfältige Gesellschaft, aber die politische Macht hat diese Vielfalt nie widerspiegelt. Historisch gesehen hatten wir ein System, das von einer Einheitspartei dominiert wurde, die zu einem familiären und konfessionellen Regime geworden ist. Heute kontrolliert eine andere Gemeinschaft, die der Sunnit:innen, die Macht, aber der Staat repräsentiert weiterhin nicht das gesamte Volk. Man kann das Land nicht stabilisieren, wenn dieses Ungleichgewicht bestehen bleibt. Solan-

ge der Staat sein Monopol aufrechterhält, ohne inklusiv zu sein, werden die Spannungen anhalten. Die Gewaltausbrüche an der Küste im März gegen Alawit:innen und die jüngsten Übergriffe gegen die drusische Minderheit sind Symptome dafür. Sie bieten auch Mächten wie Israel einen Vorwand, um unter dem Deckmantel des Schutzes bestimmter Gemeinschaften zu intervenieren. Als Syrer:innen müssen wir zuerst vor unserer eigenen Haustür kehren. Ich mache daher die derzeitige Regierung für die anhaltende Instabilität verantwortlich.

Will die neue Regierung ein exklusives Monopol durchsetzen, das auf ideologischen oder religiösen Überlegungen fußt?

Das Hauptproblem ist ihr Drang, die Macht in ihren Händen zu konzentrieren. Das ist eine politische Entscheidung, nicht nur eine Frage des religiösen Glaubens. Der Präsident trägt einen Teil der Verantwortung: Entweder kann er nicht handeln, und dann braucht es jemand anderen, oder er weigert sich zu handeln, was noch schlimmer ist. Es ist an der Zeit, diese Zentralisierung in den Händen einer einzigen Gruppe zu beenden. Wir haben für eine Demokratie gekämpft, die alle Teile der Gesellschaft einbezieht. Wir haben nicht gegen ein exklusives Regime gekämpft, um dann ein anderes zu akzeptieren. Die Sunnit:innen sind zahlenmäßig in der Mehrheit, aber politisch bedeutet

das nichts: Sie sind zu vielfältig und zu gespalten, um einen homogenen Block zu bilden. Und selbst wenn sie sich zusammenschließen würden, würde dies niemals den Ausschluss der Alawit:innen, Drus:innen, Kurd:innen, Christ:innen und anderer Minderheiten rechtfertigen. Zusammen machen sie ein Drittel der Bevölkerung aus. In einer so pluralistischen Gesellschaft kann Ausgrenzung einfach nicht funktionieren. Das System muss diese Vielfalt widerspiegeln.

In Suweida waren Regierungstruppen zum zweiten Mal in Verbrechen gegen Zivilist:innen verwickelt, obwohl sie eigentlich für die Wiederherstellung der Ordnung zuständig sind.

Die neue Regierung hat es nicht geschafft, die Bevölkerung zu einen. Sie hat ihre Unterstützung nicht verbreitern können und sogar moderate oder kritische Stimmen verloren, die ihr wohlgesonnen waren. Selbst wenn das, was insbesondere in der Region Latakia geschehen ist, Folge eines Fehler oder eines Moments der Panik gewesen wäre, bleibt es in den Augen vieler unverzeihlich. Über die vernichtende Gewalt hinaus handelt es sich um demütigende Handlungen, die sich gegen Gemeinschaften richten, weil sie sind, was sie sind, und nicht wegen etwas, das sie getan haben. Ganze Familien wurden massakriert. Das ist kein Zufall: Man begeht nicht zweimal innerhalb von vier Monaten dieselben Gräueltaten, ohne dass dies systemisch geschieht.

Warum hat der Staat diese Verbrechen in seinen eigenen Reihen nicht verhindert?

Die neue Regierung befindet sich in der schwächsten Position seit ihrer Machtübernahme. Entweder hat sie keine Kontrolle über die bewaffneten Gruppen, was alarmierend wäre, oder sie hat Kontrolle über sie, was noch gravierender wäre. Sie hat an Glaubwürdigkeit verloren, ihre Popularität ist auf einem Tiefpunkt angelangt. Die politische Niederlage

wurde schlecht gehandhabt. Zudem wurde sie verschärft durch den Druck von außen: durch die Vereinigten Staaten, die Türkei, die arabischen Länder und die Verbrechen der eigenen Streitkräfte sowie durch die israelische Regierung, die Völkermord in Gaza begeht und in Syrien interveniert, um die Spaltungen zu vertie-

Wir haben für eine Demokratie gekämpft, die alle Teile der Gesellschaft einbezieht.

fen und das Land weiter zu schwächen. Darüber hinaus hat die Kommission, die mit der Untersuchung der Massaker an der Küste beauftragt ist, ihre Ergebnisse nicht veröffentlicht. Indem das Regime Untersuchungen verspricht, aber keine konkreten Ergebnisse liefert, verstärkt es nur seinen Legitimitätsverlust. Das Schweigen und das Ausbleiben von Gerechtigkeit schürten die Wut.

Du hast einmal gesagt, die lange Diskriminierung und Unterdrückung der Sunnit:innen unter Assad habe zu einer Selbstwahrnehmung als Opfer geführt. Was hat das mit den Massakern im März zu tun?

Das Gefühl der Viktimisierung ist bei vielen Sunnit:innen tief verwurzelt. Tatsächlich wurden sie diskriminiert. Die Chemiewaffenangriffe und die Fassbomben richteten sich vor allem gegen ihre Gemeinschaften. Diese Erfahrungen nähren auch den sunnitischen Islamismus, sei es in Form von Dschihadismus oder einer diffuseren Radikalisierung. Denn die Opferrolle wird nicht nur gelebt, sondern auch erzählt, strukturiert und von Ideolog:innen in mächtige Identitätserzählungen verwandelt. Dieser Diskurs hat

sich nach der Revolution verstärkt und verleiht der erlittenen Gewalt eine nahezu ewige Bedeutung. Viele sunnitische Kräfte haben sowohl einen Opferdiskurs („Wir wurden massakriert, diskriminiert, gefoltert“) als auch einen Diskurs der Vorherrschaft („Wir sind die wahren Muslime, die Träger der wahren Botschaft“) entwickelt. Diese beiden Narrative nähren sich gegenseitig und vermitteln letztlich ein Gefühl der Berechtigung zur Herrschaft. Die jüngsten Massaker sind auch auf einen Konflikt der Erinnerungen zurückzuführen. Als im März sunnitische und islamistische Gruppen alawitische Gemeinschaften angriffen, bezogen sich manche auf weit zurückliegende Geschehnisse. Die Alawit:innen ihrerseits haben ihre eigenen Erinnerungen an Diskriminierung und Unterdrückung vor dem Assad-Regime. Heute sind diese Opfererzählungen wie vergrabene Minen: Sie prägen Identitäten, spalten und rechtfertigen Gewalt. Nur wenige versuchen, Brücken zwischen diesen Erinnerungen zu schlagen, um anderen zu helfen, die Muster zu überwinden. Und leider verschließt sich jede Gemeinschaft in der Leugnung des Leids der anderen. Das ist das wahre Drama Syriens: Niemand kann mehr zwischen den Leiden vermitteln.

Indem das Regime Untersuchungen verspricht, aber keine Ergebnisse liefert, verstärkt es seinen Legitimitätsverlust. Das Schweigen schürt die Wut.

ckung vor dem Assad-Regime. Heute sind diese Opfererzählungen wie vergrabene Minen: Sie prägen Identitäten, spalten und rechtfertigen Gewalt. Nur wenige versuchen, Brücken zwischen diesen Erinnerungen zu schlagen, um anderen zu helfen, die Muster zu überwinden. Und leider verschließt sich jede Gemeinschaft in der Leugnung des Leids der anderen. Das ist das wahre Drama Syriens: Niemand kann mehr zwischen den Leiden vermitteln.

Haben die verschiedenen Konflikte ausschließlich religiöse Ursachen?

Nein, das Sektierertum in Syrien beruht nicht

auf irrationalen Hass zwischen den Konfessionen. In Wirklichkeit hat es seine Wurzeln in einem System der sozialen Ausgrenzung: Es ist eine Frage der Klasse, der Klientelpolitik und des Zugangs zu Chancen. Was die Menschen empört, ist nicht nur die materielle Armut, sondern das Gefühl der Vernachlässigung, der Unsichtbarkeit und der Verachtung.

Ein Prozess, der deiner Meinung nach vor mehreren Jahrzehnten begann ...

Ja, genau. Ab den 1960er-Jahren erhielten Minderheiten, insbesondere die Alawit:innen, dank einer Umverteilung Zugang zum Staatsapparat und zur Armee. Aber die große Mehrheit der alawitischen Gemeinschaft blieb arm und lebte in Dörfern und in den Bergen. Bis Anfang der 2000er-Jahre wurden sie abwertend als „Rifiyin“ („Landbewohner:innen“, „Provinzler:innen“) bezeichnet. Mit der von Baschar al-Assad durchgeführten wirtschaftlichen Liberalisierung änderte sich die Lage. Sie verschärfte die Armut der sunnitischen Volksschichten, nun wurden sie als „Rifiyin“ bezeichnet und ihre politischen Positionen als archaisch angesehen. Es handelt sich um eine Wiederholung in umgekehrter Form. Dieses Phänomen betrifft nicht nur die Sunnit:innen. Jede Gemeinschaft in Syrien, ob Alawit:innen, Kurd:innen, Christ:innen oder Sunnit:innen, pflegt ihre eigene Legende der Opferrolle und Überlegenheit. Das Assad-Regime hat dieses Misstrauen geschürt. In Ermangelung eines echten politischen Lebens und von Parteien ist die syrische Gesellschaft in paranoide Gemeinschaften zerfallen. Paranoia bedeutet jedoch, zu glauben, dass man sowohl Opfer als auch anderen überlegen ist.

Kann sich die Gewalt weiter ausbreiten?

Ich hoffe nicht. Ich stütze mich dabei auf die Tatsache, dass diejenigen, die sie ausgelöst haben, nun wissen, dass sie sich keinen dritten Fehler leisten können. Das Fiasko ist offen-

sichtlich, und jede:r in Syrien ist sich dessen bewusst geworden. Die Zutaten für Gewalt und Zusammenbruch sind aber nach wie vor vorhanden. Es gibt drei große Schwachstellen. Erstens das Erbe Assads: 54 Jahre brutale und zentralisierte Macht, die nach außen hin starr erscheint, aber von innen heraus zerfressen ist. Zweitens keine starken politischen Kräfte und keine gemeinsame Vision, die das Land in eine bessere Zukunft führen könnte. Drittens sind die derzeitigen Machthaber mit zahlreichen Meutereien konfrontiert. Einige sind extremistisch, andere haben Rache im Sinn. Noch besorgniserregender ist das allgemeine Klima: Es gibt keine rationale Debatte und keine klare Analyse mehr. Alles ist sektiererisch, polarisiert und hasserfüllt geworden. Anstatt für ein inklusives politisches System einzutreten, ziehen sich viele auf Brandreden zurück. Die sozialen Netzwerke sind zum Schauplatz eines virtuellen Bürgerkriegs geworden. Selbst die gemäßigten Stimmen, die es hier und da gibt, werden von der Logik der Gewalt und des Überlebens erstickt.

Was bräuchte es stattdessen?

Für einen Wiederaufbau braucht die syrische Gesellschaft Gerechtigkeit, Chancengleichheit, gemeinsame Sicherheit, gleichen Zugang zu Ressourcen und Rechten. Nicht mehr und nicht weniger. Ja, es wird Kräfte geben, die dagegen sind, aber die Mehrheit wird eine integrative Lösung unterstützen, vor allem, wenn sie von der Regierung kommt. Nur wenige Syrer:innen wollen glauben, dass alles verloren ist. Aber es muss jetzt gehandelt werden: eine echte nationale Konferenz mit Vertreter:innen aller Gemeinschaften. Alles, was in den letzten Monaten getan wurde, diente nur der Konzentration von Macht. Das funktioniert nicht. Angesichts einer Katastrophe wie der, die Syrien erlebt hat, ist es entscheidend, gut zu überlegen, bevor man handelt. Es braucht Weitblick.

Wie siehst du die Zukunft Syriens?

Ich neige dazu, apokalyptische Darstellungen abzulehnen. Nicht weil sie zu pessimistisch sind, sondern weil sie falsch klingen: Es handelt sich nicht um Interpretationen der Realität, sondern um Projektionen, versteckte Wünsche, unterdrückte Wut, zu Diagnosen recycelter Hass. Aber um ehrlich zu sein: Ich habe Angst. Angst, dass diese Tragödie schlimmer sein könnte als die anderen. Und wir wurden mit Tragödien überhäuft, vor allem in den letzten 14 Jahren. Ich habe Angst, dass all das noch vor statt hinter uns liegt. Wenn ich versuche, rational zu denken, habe ich das Gefühl, dass wir mit offenen Augen auf den Abgrund zusteuern.

In einer längeren Fassung erschien das Interview im Juli 2025 bei L'Orient-Le Jour. Deutsche Übersetzung Harald Etzbach (Emanzipation).

Nach den Massakern an der drusischen Bevölkerung in Suwaida leben die Menschen in Angst, ihre Versorgung ist schlecht. Mit einer Spende für Syrien unterstützen Sie die medico-Nothilfe und stärken die Zivilgesellschaft in Syrien. Für Gerechtigkeit, für ein Ende der Gewalt, für die Würde der Opfer.

Spendenstichwort: Syrien

Rausgewachsen

2015 half medico, ein Gewerkschaftshaus in Karatschi zu gründen. Längst ist es viel zu klein geworden

Von Karin Zennig

Ein aktuelles Foto auf Social Media zeigt Mohammad Hanif, wie er mit einem Megafon in der Hand eine Rede hält. Aufgenommen ist es auf der 1.-Mai-Demo der Gewerkschaft National Trade Union Federation (NTUF) in Karatschi. Dass Hanif heute aktiv ist, hat eine Geschichte, in der auch medico eine Rolle spielt. Sie beginnt mit einer Katastrophe. Am 11. September 2012 arbeitet Mohammad Hanif als Näher in der Textilfabrik Ali Enterprises, als ein Feuer ausbricht. Weil Fluchtwege versperrt sind und die Betreiber meinten, dass Brandschutz verzichtbar sei, sterben 289 Menschen. Hanif

selbst überlebt und wird zum Held, weil er nicht nur sich, sondern zehn weitere Menschen aus den Flammen rettet.

Der Brand ist mehr als ein Unglück. Er ist Folge unterlassener Sorgfaltspflicht in einer auf Preisdruck und Ausbeutung basierenden globalen Lieferkette. In Deutschland löst er und der zeitnahe Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch eine Debatte darum aus, unter welchen Bedingungen hiesige Konsumgüter hergestellt werden. medico startet die Kampagne „Cool, aber tödlich“. In Karatschi setzt der Fabrikbrand ebenfalls Gegenwehr in Gang. Die von medico unterstützte NTUF kümmert sich darum, dass die Überlebenden und Angehörigen der Opfer nicht wie so häufig auf sich alleine gestellt bleiben und organisiert sie als Interessengruppe. So kommt auch Hanif in Kontakt mit den Gewerkschafter:innen. Um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und Schadensersatz zu erwirken, bereite die NTUF in Zusammenarbeit mit medico und dem ECCHR eine Klage gegen den Auftraggeber der Produktion bei Ali Enterprises vor – das deutsche Unternehmen KiK. Hanif wird einer derjenigen, die vor dem Landgericht Dortmund Klage einreichen. Auch wenn die Klage einige Jahre später verloren werden wird, sorgt sie in Deutschland



Besichtigung des neuen, fünf Mal größeren Domizils.

mit dafür, dass ein, wenn auch windelweiches, Lieferkettengesetz eingeführt wird.

Kampagne mit DGB & Co.

Die NTUF ist damals noch eine Mini-Gewerkschaft. In zwei Büroräumen im Hinterhof eines gemieteten Gebäudes am Stadtrand arbeiten wenige Aktive dennoch unaufhörlich an dem Fall, aber auch an einer Unmenge von Rechtsanfragen aus anderen Fabriken. Doch die NTUF erhält Zulauf. 2015 startet medico deshalb eine Kampagne: Unterstützt von den Vorsitzenden von DGB, ver.di und IG Metall und mit Parolen wie „Wir sind nicht nur in Gedanken bei den Opfern, sondern handeln jetzt“ werden Spenden für ein neues Gewerkschaftshaus gesammelt. Das Vorhaben gelingt. Die NTUF bezieht ein eigenes Gebäude. Es ist das erste Gewerkschaftshaus in der riesigen Metropole Karatschi, ein infrastrukturelles Rückgrat für die gewerkschaftliche Organisation.

In mühseliger Kleinarbeit gelingt es der NTUF, Betriebsgruppen aufzubauen: in Textilfabriken, aber auch in der Automobilmontage, der Schiffsverschrottung, dem Dienstleistungs- und Energiesektor. Heute betreibt die Gewerkschaft in sieben Vierteln Karatschis stark frequentierte Stadtteilbüros, in denen Arbeiter:innen, die sich eigene Rechtsanwälte niemals leisten könnten, systematisch geschult werden, Beratung finden und sich organisieren können. Fast tausend Verfahren sind aus diesen Beratungen mittlerweile erwachsen. Seit es in Deutschland ein Lieferkettengesetz gibt, nutzt die Gewerkschaft auch die darin enthaltenen Möglichkeiten. Zahlreiche Beschwerden vor deutschen Kontrollbehörden gegen internationale Auftraggeber – von Zara bis VW – wurden seitdem eingereicht. Das Haus ist auch Domizil einer anderen Partnerorganisation von medico: Die Home Based Women Workers Fe-

deration vertritt die Interessen unzähliger enteigneter Heimarbeiterinnen, die so ungeregt wie ungeschützt zu Hause für den Weltmarkt nähen.

Landflucht verschärft Ausbeutung

Die Herausforderungen werden gleichwohl immer größer. Eine gewaltige Landflucht hat die Bevölkerung Karatschis in den vergangenen Jahren auf knapp 30 Millionen Menschen anwachsen lassen. Die Ursachen sind vielfältig: Die Auswirkungen der Klimakrise, von Dürren und Extremhitze bis zur gigantischen Flutkatastrophe 2022, haben Hunderttausende ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Landflucht resultiert aber auch aus den dortigen, von Grundbesitz geprägten Eigentumsverhältnissen. Der Umzug in die Stadt ist für viele ein Versuch, sich aus einer Schuldenfalle zu befreien und Zwangsarbeit bei Lehnsherren zu entkommen. Wer gehen kann, geht: Frauen, weil sie in den Städten leichter arbeiten und freier leben können; Jugendliche, weil sie von einer weiterführenden Bildung und einer besseren Zukunft träumen.

Nicht alle sind arm. An den Rändern Karatschis schießen daher auch riesige Mittelschichtsviertel aus dem Boden. Die große Mehrheit aber kommt in provisorischen Unterkünften und informellen Siedlungen unter. In der Metropole sind sie einer grenzenlosen Konkurrenz „aller gegen alle“ ausgesetzt. Das Überangebot an Arbeitskräften drückt den Preis, erschwert Organisation und befördert Entrechtung. Eine boomende Branche ist das Sicherheitsgewerbe, wo ein Job für viele Männer vom Land oftmals bedeutet, für einen Hungerlohn den ganzen Tag lang in der glühenden Sonne zu stehen. Mehr denn je wird unter solchen Bedingungen auch für westliche Auftraggeber geschuftet. So hält eine explodierende

Zahl von Callcentern diverse Service-, Bestell- und Onlinedienste von den USA bis nach Australien am Laufen. Und trotz der Katastrophe von Ali Enterprises und des Lieferkettengesetzes hat sich auch an den Bedingungen in der Textilindustrie vielerorts wenig bis gar nichts geändert. Arbeiter:innen werden weiterhin um ihren Lohn oder Sozialversicherungsbeiträge betrogen. Selbst endlose Akkordarbeit holt sie nicht aus der Armut.

Gegen all das setzt sich die NTUF zur Wehr. Die Beharrlichkeit der Gewerkschaft macht Schule. In den vergangenen zehn Jahren haben sie umstandslos an der Seite der Überlebenden und Angehörigen von Ali Enterprises gestanden. So haben sie es geschafft, auch bei anderen Vertrauen aufzubauen und glaubwürdig die Interessen der Ausgebeuteten und Entrechteten zu vertreten. Das Spektrum ist breit und reicht weit über das hinaus, wessen sich Gewerkschaften hierzulande annahmen: Neben Arbeitskämpfen kümmert sich die NTUF um die Organisation von Klimaprotesten und Widerstand gegen Vertreibungen. Sie leistet Hilfe, wenn Sturzfluten Wohnviertel verwüstet haben, wendet sich gegen den wachsenden Autoritarismus im Land und setzt sich für die Rechte von Frauen, sexueller oder geschlechtlicher Minderheiten ein. Das vor zehn Jahren geschaffene Gewerkschaftshaus hat sich zu einem Zentrum der politischen Organisation von unten entwickelt – und ist darin längst zu klein geworden.

Fünf Mal so groß

Deswegen hat die NTUF den nächsten Schritt gemacht: Die Gewerkschaft ist jetzt erneut in ein neues, mehr als fünf Mal so großes Gebäude umgezogen. Hier soll das Schulungsprogramm für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte ausgeweitet werden. Um mehr Menschen

über ihre Rechte aufklären zu können, ist außerdem ein eigener Radiokanal geplant. Zentral im neuen Domizil ist ein großer Versammlungsraum, der der Vernetzung dient und auch anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren zur Verfügung gestellt wird. In Karatschi sind solche Räume jenseits kostspieliger Konferenzsäle in Hotels rar. Während hierzulande das mühsam errungene Lieferkettengesetz womöglich wieder abgeschafft werden soll, bleibt den Menschen in Pakistan nur die Selbstorganisation zur Verteidigung des Mindestens: ihrer Rechte und ihrer Würde. So wichtig der Umzug in das neue Gewerkschaftshaus ist, so sehr war und ist er für die NTUF auch ein finanzielles Wagnis.

Auch Hanif geht in den neuen Haus ein und aus. Wie viele andere ist er nicht zuletzt dank der NTUF von einem Überlebenden zu einem Aktivist geworden. Als engagierter Gewerkschafter unterstützt er Kolleg:innen in anderen Fabriken dabei, sich gegen die widrigen Zustände, ausbleibenden Lohn oder missachtete Unfall- und Arbeitsschutzvorschriften zur Wehr zu setzen. Und er bringt, das Foto belegt es, diesen Protest auch auf die Straße.



Karin Zennig, bei medico für die Region Südasien und das Thema Klimagerechtigkeit zuständig, begleitet den gewerkschaftlichen Widerstand der Partner:innen in Karatschi. Vor ihrer Zeit bei medico hat sie für die Gewerkschaft ver.di gearbeitet.

medico unterstützt den Umzug in das neue Gewerkschaftshaus und ist auch dieses Mal hierfür auf Spenden angewiesen.

Spendenstichwort: Südasien

SCHON WIEDER

medico-Nothilfe in Pakistan

Wochenlange Extremniederschläge haben in Pakistan erneut Flüsse und Stauseen über die Ufer treten lassen. Hunderttausende Menschen mussten ihre Häuser, ihr Vieh und ihre Felder zurücklassen. Viele leiden noch unter den Folgen der bislang größten durch die Klimakrise verursachten Flutkatastrophe vor drei Jahren, da trifft sie schon das nächste Desaster – mit Ansage.

Und es regnet weiter. Seit Jahren arbeiten unsere pakistanischen Partnerorganisationen mit Gemeinden daran, den Katastrophenschutz zu verbessern und sich an die Klimakrise anzupassen: beim Hausbau, der Wasserversorgung und in der Landwirtschaft. Dieser Kampf ist nicht zu gewinnen, wenn nicht die Verursacher der Klimakrise radikal umsteuern: die Länder des globalen Nordens. Dafür kämpfen wir als medico und dafür kämpfen die Menschen in Pakistan. In der aktuellen Notlage leisten unsere Partnerorganisationen HANDS Welfare Foundation und die National Trade Union Federation medizinische Hilfe und versorgen die Menschen mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser. Dafür brauchen sie unsere Unterstützung.

Spendenstichwort: Klimagerechtigkeit





W
Zehn



as bleibt?

Jahre Sommer der Migration

Eine Gruppe Syrer auf dem Weg über den Balkan, Sommer 2015.

Ein Rückblick auf ein Jahrzehnt migrantischer Kämpfe und medicos Kooperationsarbeit

Von Valeria Hänsel

Zehn Jahre ist es her, dass sich Hunderttausende Menschen das Recht auf Bewegungsfreiheit erkämpften. Aus Ländern wie Syrien und Afghanistan machten sie sich auf den Weg in die Türkei. Sie überquerten zu Fuß Gebirge und legten Hunderte von Kilometern zurück. Auf Schlauchbooten erreichten sie die griechischen Inseln und reisten von dort aus weiter entlang der Balkanroute. In Ungarn brachen sie aus dem Lager Röszke aus und machten sich auf den Weg nach Westen. Im griechischen Idomeni überwandern sie unter Tränengas-Beschuss Zäune mit Stacheldraht und kämpften sich durch den Grenzfluss nach Mazedonien. Viele Menschen in Europa erkannten die Zeichen der Zeit und taten das Ihre: Moscheen und Kirchen in Serbien und Mazedonien beherbergten Menschen auf der Durchreise, Anwohner:innen versorgten sie mit Essen. Aktivist:innen aus ganz Europa halfen Booten in Griechenland beim Anlanden, verteilten entlang der Balkanroute Kleidung, scouteten Reiserouten und statteten die Menschen mit dem Nötigsten für tagelange Märsche aus. Auch in Deutschland öffneten Gemeinden Häuser und Turnhallen, Freiwillige halfen beim Ankommen und gaben Sprachunterricht. Das Wort Willkommenskultur war in aller Munde.

Der sogenannte Sommer der Migration brachte dem europäischen Grenzregime eine historische Niederlage bei. Das jahrelang erbaute

System der selektiven Abschottung – prominent geprägt durch die Europäische Grenzschutzagentur Frontex, das Dublin-Abkommen und Migrationsdeals mit nordafrikanischen Staaten – brach in wenigen Tagen weitgehend zusammen. Bundeskanzlerin Merkel erklärte vor dem Europäischen Parlament: „Selbst wenn wir versuchen würden, uns vollständig abzuschotten, wäre damit niemandem gedient – auch uns selbst in Europa nicht.“ Deutlich wurde, dass sich die Welt nicht aussperren lässt und dass keine Grenze für immer ist.

Europa bewegt sich

Europa geriet 2015 in Bewegung und damit natürlich auch medico. Mit der Fluchtbewegung von 2015 folgten wir den Routen und erweiterten unsere Arbeit zunehmend an die europäischen Außengrenzen und ins Innere Europas. Dazu gehörte natürlich einerseits die syrische Revolution, die nun die Gestalt der Migration annahm. Andererseits hatten wir schon migrationspolitisch bereits viele Jahre zur Externalisierungspolitik der Europäischen Union, der Auslagerung des Grenzschutzes auf den afrikanischen Kontinent, gearbeitet. Gemeinsam mit Partnerorganisationen in Mauretanien, Mali, Marokko und Niger hatten wir die Instrumentalisierung von Entwicklungszusammenarbeit für Migrationsabkommen und die Auslagerung der Folgen

unserer imperialen Lebensweise angeklagt. In den Monaten des Sommers der Migration unterstützte medico gemeinsam mit Moving Europe den InfoBus, der Menschen auf der Balkanroute unabhängige Informationen zur Verfügung stellte und Netzwerke entlang der Route ausbaute.

Doch der Wind drehte sich, schnell und heftig. In einer Art Dominoeffekt schlossen die Staaten entlang der Balkanroute ihre Grenzen, Kroatien, Slowenien und Mazedonien folgten dem Beispiel Ungarns und errichteten massive Grenzzäune mit Nato-Stacheldraht. Es entstanden Bilder von Menschen, die über Monate in Orten wie Idomeni vor der mazedonischen Grenze und in Bihać vor der kroatischen Grenze festsaßen; die in Calais vor dem Ärmelkanal in Zelten ausharrten; die mit Tränengas beschossen und von Bereitschaftspolizei und Militär attackiert wurden.

Im März 2016 wurde dann der EU-Türkei-Deal geschlossen, mit katastrophalen Folgen: Aus den Hotspot-Zentren auf den griechischen Inseln, die der Registrierung dienten, wurden Freiluftgefängnisse. So entstand auch das berühmte Lager Moria auf Lesbos. Eben dort unterstützte medico die Selbstorganisation von Geflüchteten und lokale Solidaritätsstrukturen. In Athen wurde das Hotel City Plaza für Geflüchtete geöffnet und von medico unterstützt. Im „besten Hotel Europas“ entstand ein selbstverwaltetes, solidarisches Wohnprojekt, in dem zeitgleich 400 Menschen Zuflucht finden konnten.

An dem politischen Backlash änderte das nichts. Es dauerte kein Jahr, bis Merkels vielzitiertes „Wir schaffen das“ sich in den Satz „2015 darf sich nicht wiederholen“ verwandelte. Der demokratische Aufbruch wurde zum Kontrollverlust umgedeutet, die Krise des europäischen Grenzregimes zur „Flüchtlingskrise“. Seither

prägt die Rhetorik der „Überforderung“ die europäische Migrationspolitik. Auch die Bundesregierung verschärfte in den folgenden Jahren ihre Abschiebungspolitik und die sogenannten „freiwillige Rückkehr“-Programme, die Menschen zur Ausreise bringen sollten.

In dieser Zeit veröffentlichte medico die Dokumentationswebsite „Rückkehr-Watch“, die aufzeigt, mit wie viel Zwang die angebliche Freiwilligkeit gepanzert war. Parallel baute medico die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen, die Menschen nach Abschiebung und Rückkehr begleiten, aus: in Ländern wie Afghanistan mit AMSO, in Mali mit der AME oder in Sierra Leone mit NEAS.

Das Grenzregime schlägt zurück

Die Ereignisse von 2015 lösten auch eine Auseinandersetzung um das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) aus. Die Europäische Kommission erhoffte sich eine „Vertiefung der Europäisierung“: Anfangs ging es dabei neben einem einheitlichen Abschottungs- auch um ein gemeinsames Aufnahmesystem und die Etablierung von Grundrechtsstandards. Doch im Verhandlungsprozess ging dieser Ansatz fast vollständig verloren. Die Staaten einigten sich vor allem darauf, die Migrationsabwehr zu verstärken und noch weiter vorzuverlagern, die Grenzen aufzurüsten, Lager- und Haftsysteme auszubauen und Grundrechtsstandards abzusenken. Der Prozess der Renationalisierung verstärkte sich und die europäische Abschottungspolitik wurde immer gewaltvoller: Es kam zur Normalisierung illegaler und gewaltvoller Praktiken wie Pushbacks, die das Grenzregime bis heute fundamental prägen.

Vorläufiger Höhepunkt dieser Entrechtungspolitik war der „Neue Pakt für Migration und Asyl“ 2020, jenem Jahr, in dem auch das Lager Moria



Nach Ausbruch des Ukraine-Krieges kommen Hunderttausende an der polnischen Grenze an.

in Flammen aufging – ein loderndes Symbol der gescheiterten europäischen Flüchtlingspolitik. Ersetzt wurden Moria und andere Lager dann durch die dystopisch anmutenden Closed Controlled Access Centres (CCACs) auf den griechischen Inseln, in denen zwischen Stacheldraht und Sicherheitsschleusen modernste KI-gesteuerte Überwachungstechnologie zum Einsatz kommt. Die EU-finanzierten Lager gelten als die neue Infrastruktur des GEAS, das bis 2026 von den EU-Staaten in nationales Recht überführt werden soll.

Im Zuge dieser Entwicklung, in der das Lager-system immer umkämpfter und das Recht auf eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten zu Abschreckungszwecken vor den

Augen der Welt suspendiert wurde, unterstützte medico Partner in mehreren europäischen Ländern, so beispielsweise das Legal Centre Lesbos, das sich illegalen Pushback-Praktiken mit juristischen Mitteln entgegenstellt. 2022 gründete sich in Italien das Willkommens-Netzwerk Maldusa, das auf See und an Land aktiv ist. medico unterstützt ihr soziales Zentrum in der sizilianischen Stadt Palermo und eine Monitoring-Station auf Lampedusa.

Polen: Zwei neue Fluchtrouten

2021 bildete sich eine neue Fluchtroute über Belarus nach Europa. Damit rückte die ausgelagerte und hierzulande weitgehend unsichtbare

Grenzgewalt erneut näher an Deutschland heran. Schutzsuchende Menschen reisten per Flugzeug aus Ländern wie dem Irak nach Belarus und versuchten von dort aus, die grüne Grenze nach Polen zu überqueren. Der belarussische Machthaber Lukaschenko erleichterte ihnen die Einreise mit dem Ziel, die EU auf diese Weise zu destabilisieren. Anstatt die angestrebte Eskalation zu verweigern und Menschen angemessen in Empfang zu nehmen, ließen sich Polen und die EU auf die Logik dieser Provokation ein. Migration wurde als „hybride Kriegsführung“ gelabelt und Asylsuchende in den Wäldern des polnisch-belarussischen Grenzgebiets gewaltsam festgesetzt. Bis heute versuchen dort Hunderte, über den inzwischen militärisch hochgerüsteten Grenzzaun nach Europa zu gelangen. Die Grupa Granica, ein Zusammenschluss von lokalen Aktivist:innen, versorgt die Menschen mit dem Nötigsten, um ihr Überleben zu sichern – Essen, Kleider und Medizin. Seit 2021 unterstützt medico das Netzwerk, aktuell zudem die Helsinki Foundation for Human Rights und das Szpila Kollektiv, die das Recht auf humanitäre Hilfe vor Ort praktisch und juristisch verteidigen.

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Februar 2022 erlebte Europa neuerlich einen Moment der „Willkommenskultur“. Hunderttausende Ukrainer:innen wurden an polnischen und deutschen Bahnhöfen in Empfang genommen. Die mehrheitlich weiße Fluchtbewegung aus der Ukraine wurde anders wahrgenommen als jene Menschen, die gleichzeitig über die belarussische Grenze kamen: Sie galten als der Solidarität und des Schutzes würdig, die Rhetorik der „Überforderung“ blieb zunächst unbemerkt. In diesem Geiste aktivierte die EU sogar die sogenannte Massenzustromsrichtlinie und umging damit die Asylbürokratie. medico unterstützte vor allem diejenigen Geflüchteten, die von der staatlichen Solidarität weitgehend ausgenommen waren: Schwarze

Menschen und Rom:nja. Gemeinsam mit Asmara's World organisierten wir Transporte nach Polen und Deutschland. In Warschau und an der ukrainischen Grenze leistet die Partnerorganisation Towards Dialogue bis heute die nötige Hilfe für ankommende Rom:nja.

In den letzten Jahren werden Grenzübertritte und humanitäre Hilfe immer drastischer kriminalisiert. Gegenwärtig verschärft die EU das sogenannte Facilitators Package, das die Beihilfe zur Grenzüberquerung kriminalisiert. Schon jetzt sitzen Tausende geflüchtete Menschen in Europa im Gefängnis, mit dem Vorwurf, anderen dabei geholfen zu haben, eine Grenze zu überqueren. Doch das militarisierte Grenzregime lässt den Menschen keine Wahl – wenn sie Asyl suchen wollen, sind sie auf Hilfe angewiesen. Deshalb hat medico 2024 den „Fonds für Bewegungsfreiheit“ ins Leben gerufen. Damit unterstützen wir Menschen, die an den Rändern Europas unrechtmäßig inhaftiert sind oder sich verteidigen müssen. Wir finanzieren Prozess- und Anwaltskosten, unterstützen im Alltag und schaffen mit öffentlichen Kampagnen Aufmerksamkeit – weil Migration kein Verbrechen ist.

Aus Sommer wurde Winter

In den vergangenen zehn Jahren ist Europa weit nach rechts gerückt. In mehreren Ländern sind autoritäre Regierungen im Amt, in anderen droht eine rechte Machtübernahme. Der Grundstein hierfür wurde auch in einer von Rassismus und Chauvinismus durchzogenen Migrationspolitik gelegt. Konservative, liberale bis hin zu grün-alternativen Fraktionen haben dem nichts entgegengesetzt, sondern mitgemacht und ein repressives Grenzregime auf- und weiter ausgebaut. In den letzten Monaten haben sich diese Entwicklungen noch einmal zugespitzt. Das Asylrecht wird grundlegend in

Frage gestellt, Aufnahmeprogramme werden ausgesetzt. Selbst die Einigungen, die im zehnjährigen Prozess um die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems getroffen wurden, gehen vielen Staaten nicht mehr weit genug, vereinbarte Gesetzespakete werden nicht in nationales Recht überführt. Obwohl die Zahl der Ankommenden aktuell vergleichsweise gering ist, wird weiterhin auf einen vermeintlichen Notstand rekurriert. Die Bundesregierung weist Asylsuchende an der deutschen Grenze zurück und bricht dabei sehenden Auges mit dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), der Dublin-Regelung, Schengen und der Genfer Flüchtlingskonvention. In Folge dessen war es für Polen und Griechenland ein Leichtes, das Recht auf Asyl auszusetzen und darauf zu hoffen, dass die EU-Kommission kein Vertragsverletzungsverfahren einleiten wird.

Aus dem Sommer der Migration ist ein kalter Winter der Migrationspolitik geworden, der weit über diese hinausweist: Die Abschaffung von Asylrechten und die Entrechtung von Schutzsuchenden bedroht die Grundrechte aller und ist deshalb auch ein Angriff auf die demokratische Gesellschaft als solche. Was bleibt, ist die Erfahrung von 2015, ein Impuls von unten, eine Bewegung mit einer demokratisierenden Kraft, die unsere Gesellschaft herausgefordert, bereichert und weiterentwickelt hat. Was möglich war, bleibt möglich.



Valeria Hänsel war während der Redaktionsarbeit an diesem Text für medico mittendrin: beim ersten Telefonat in Polen und beim zweiten auf Lesbos. Sie ist bei medico Referentin für Flucht und Migration.



Auf der Dachterrasse des besetzten City Plaza Hotels in Athen.

Foto: REUTERS/Akis Konstantinidis



Geschafft: Syrische Flüchtlinge landen an der griechischen Küste an.

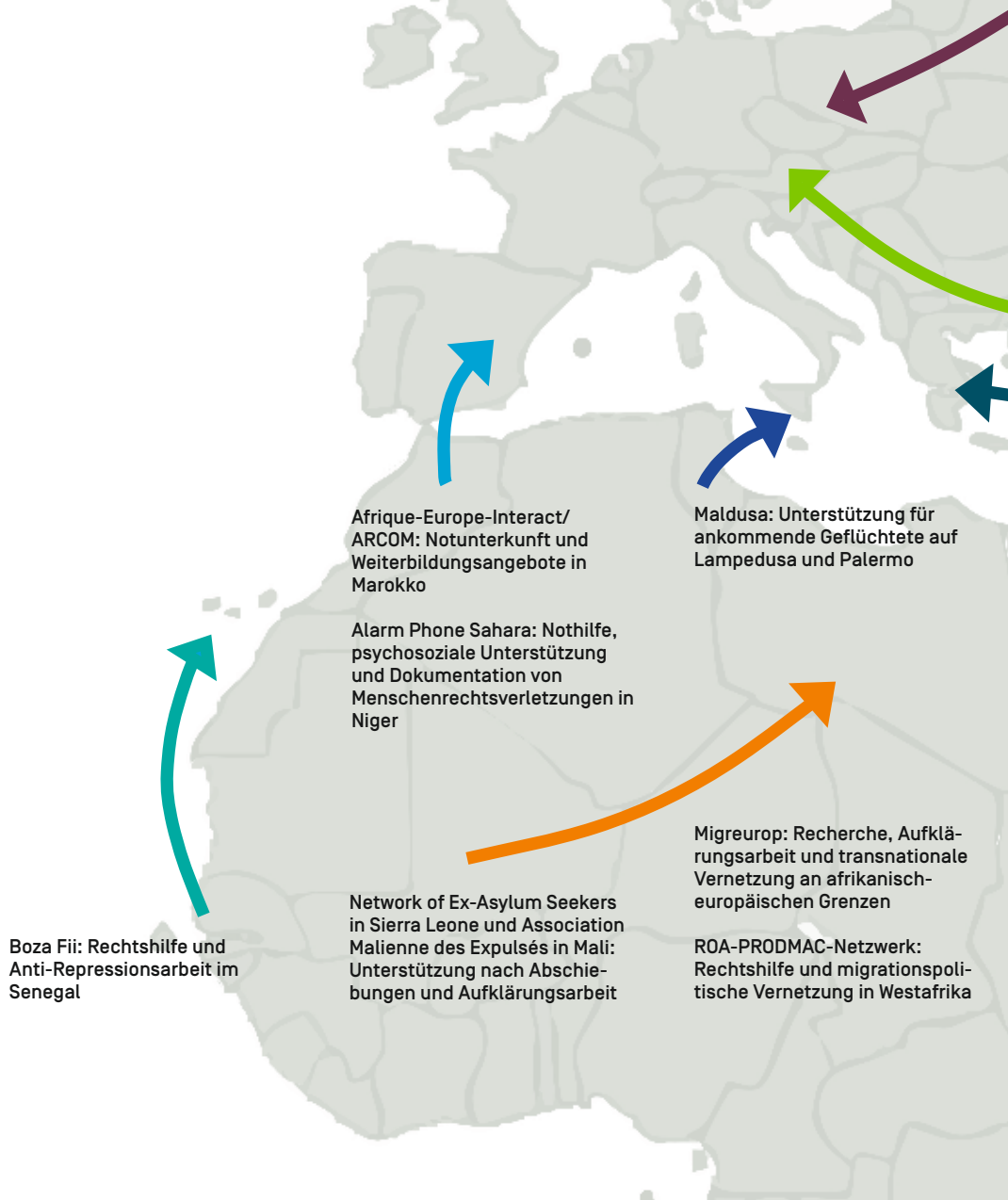
Foto: Moving Europe



Am Grenzzaun in Idomeni versuchen nordmazedonische Behörden, die Menschen im Herbst 2015 aufzuhalten.

Für das Recht zu gehen

Ausgewählte medico-Kooperationen entlang der Migrationsrouten



Border Forensics /Grupa Granica /Helsinki Foundation of Human Rights/Szpila Kollektiv: Dokumentation und Untersuchung von Pushbacks, Entkriminalisierung humanitärer Hilfe und Antirepressionsarbeit an der polnisch-belarussischen Grenze

Foundation Towards Dialogue: Unterstützung für geflüchtete Rom:nja in Polen

De:criminalize: Verteidigung von kriminalisierten Migrant:innen entlang aller Routen

Ortaca: Unterstützung von Migrant:innen und Monitoring von Rechtsbrüchen im türkisch-iranischen Grenzgebiet

Border Violence Monitoring Network: Beobachtung von Grenzgewalt auf dem Balkan

Reza Kar Herat: Nothilfe für abgeschobene Familien im afghanisch-iranischen Grenzgebiet

Cedar Center for Legal Studies: Rechtshilfe und Advocacy-Arbeit im Libanon

Legal Centre Lesbos und Welcome Office Lesbos: Rechtshilfe, Intervention bei Pushbacks und Unterstützung der Selbstorganisation von Geflüchteten in Griechenland

Neben einer Vielzahl an Kooperationen startete medico vergangenes Jahr den „Fonds für Bewegungsfreiheit“. Hieraus unterstützen wir Menschen, die an den Rändern Europas unrechtmäßig in Gefängnissen sitzen oder sich verteidigen müssen, weil sie kriminalisiert werden oder anderen auf der Flucht geholfen haben.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

Temple Run

Europas Grenzen in Sierra Leone

Von Hannah Kentouche

Die Folgen des politischen Backlashs, der in Reaktion auf den „Sommer der Migration“ im Jahr 2015 einsetzte, waren nicht auf Europa begrenzt. Im Zuge der restriktiven Kontrolle von Migration verschärfte die EU ihre Abschottungspolitik auch in Westafrika massiv. So weitete sie beispielsweise im Rahmen des Valletta-Prozesses Rückübernahmeabkommen stark aus. Verkauft wurden diese als Zusammenarbeit auf Augenhöhe, faktisch aber wurden Entwicklungsgelder, Budgethilfen oder Infrastrukturprojekte an die Bedingung geknüpft, dass die Regierungen von Transitländern wie Niger, Mali und Tschad ihre Grenzen im Sinne europäischer Interessen sichern und zur Rücknahme von Migrant:innen bereit sind. Unter dem Deckmantel der „Bekämpfung von Fluchtursachen“ hat die EU Mobilität systematisch eingeschränkt, Freizügigkeit innerhalb der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft [ECOWAS] unterlaufen und Rückführungen forciert.

So geriet auch das kleine Sierra Leone, das bis heute von den Folgen eines langen Bürgerkrieges gezeichnet ist, in den Fokus europäischer Abschiebepolitik. Seit einigen Jahren werden immer mehr Menschen hierher abgeschoben – auch Menschen, die gar keine sierra-leonische Staatsangehörigkeit besitzen. Diese Abschiebungen sind nur möglich, wenn die Regierung in Freetown bereit ist, Reisedokumente

für die Betroffenen auszustellen und die Menschen aufzunehmen. Wie verschiedentlich berichtet wird, zahlen deutsche Behörden dabei sogar häufig Handgelder direkt an Regierungsbeamte, um sogenannte Emergency Traveling Certificates zu erhalten, die die Rückführung ermöglichen. Was hat Sierra Leone davon? Als eines der ärmsten Länder der Welt und in hohem Maße abhängig von europäischen Finanzhilfen hat es kaum eine Wahl.

Die aggressive Externalisierung der Grenzpolitik hat auch die Verschiebung von Verantwort-

RÜCKKEHR - WATCH

Bundesregierung und EU setzen seit Jahren verstärkt auf die „freiwillige“ Rückkehr von Migrant:innen in ihre Herkunftsländer. Das Ziel: Möglichst viele von ihnen sollen wieder gehen, möglichst schnell, möglichst günstig, möglichst reibungslos – und auf eine von der Öffentlichkeit akzeptierte Weise. Unser großes Recherche- und Dokumentationsprojekt aus dem Jahr 2021 thematisierte diese immer noch aktuelle Praxis.

freiwillige-rueckkehr.de

lichkeit zum Ziel: Es sind nicht mehr nur die europäischen Staaten, die Migration kontrollieren. Vielmehr werden afrikanische Regierungen dazu gebracht, die Belange ihrer Bürger:innen oder von Menschen aus Nachbarstaaten den Logiken europäischer Interessen unterzuordnen. Das greift tief in die gesellschaftlichen Realitäten westafrikanischer Länder ein. In Sierra Leone ist es weit verbreitet, dass junge Menschen zeitweilig weggehen, um Arbeit, Ausbildung oder andere Chancen zu suchen, oft mit dem Ziel, die Familie zu unterstützen. Es gibt sogar eine eigene Bezeichnung: „Temple Run“, benannt nach einem Computerspiel, in dem es um Rennen, Springen, Rutschen, Fliehen, Fallen, Weiterlaufen und das Erreichen nächster Level geht. Der Begriff zeigt, wie normalisiert und systematisch diese Art von Mobilität ist, die historisch gewachsene ökonomische und soziale Netzwerke innerhalb der Region stützt. Eben das wird durch die EU-Politik zunehmend kriminalisiert: Statt Bewegungsfreiheit innerhalb der Region zu respektieren, werden neue Formen unfreiwilliger Zirkularität produziert: Menschen, die in Europa keinen Aufenthalt erhalten, werden abgeschoben, versuchen es erneut, scheitern, stranden, kehren zurück und brechen wieder auf. Migration wird zu einem Zustand des permanenten Unterwegsseins – nicht als selbstbestimmte Praxis, sondern als erzwungene Bewegung zwischen Grenzen, Hotspots und Abschiebezentren – oder in der erzwungenen Illegalität.

Oft landen abgeschobene Menschen nach Jahren in Europa vollkommen mittellos in Freetown, meist ohne Gepäck und Plan, aber voller Scham. Viele stehen vor dem Nichts, staatliche Unterstützung gibt es nicht. In dieser Situation übernimmt die medico-Partnerorganisation Network of Ex-Asylum Seekers (NEAS) die ersten Schritte: Die Aktivist:innen der Organisation begleiten die Ankommenden,

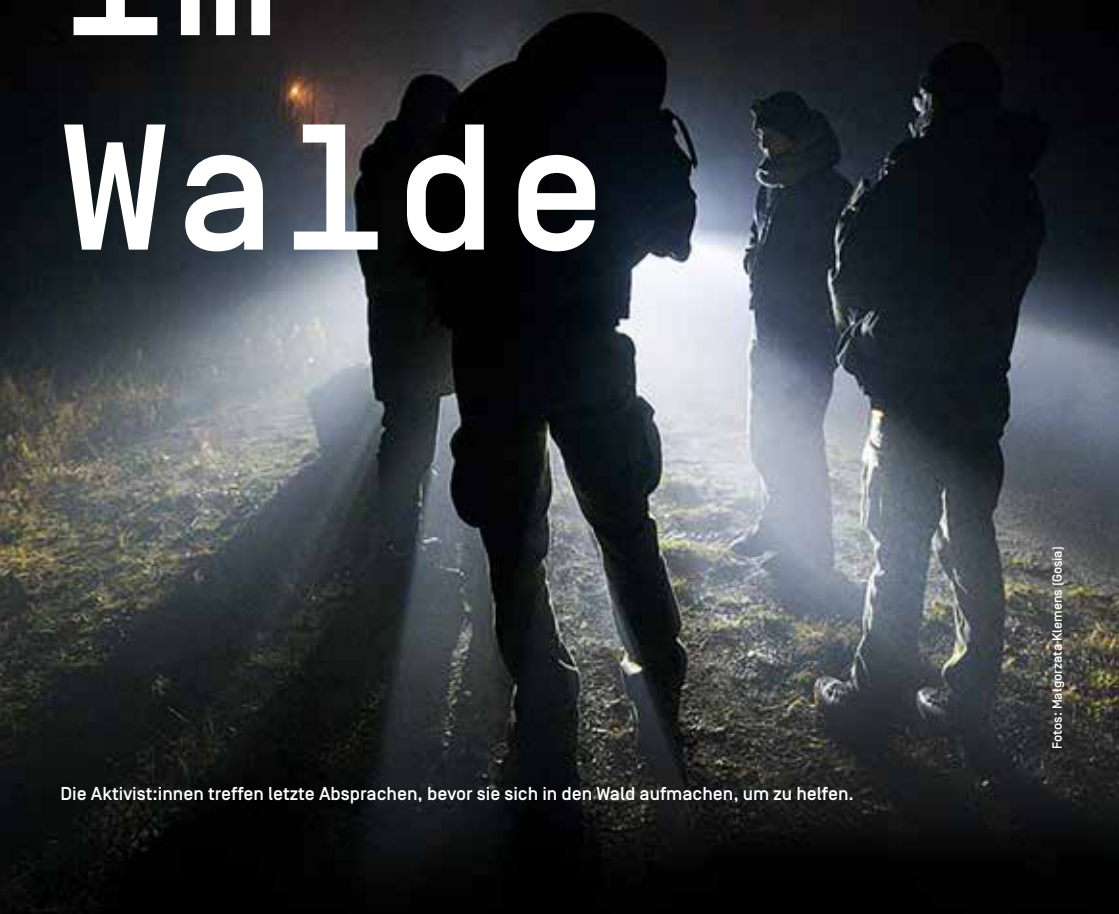
helfen bei der Suche nach einer Unterkunft, vermitteln Kontakte und geben Orientierung. Mit psychosozialer Beratung werden Menschen gestärkt, die gewaltsam abgeschoben wurden oder sich einer sogenannten freiwilligen Rückkehr unterziehen mussten, die also Stress, traumatische Erlebnisse und gesellschaftliche Ausgrenzung erfahren haben. Als Vereinigung abgeschobener Migrant:innen, die alle selbst die Erfahrung von Ausgrenzung und gewaltvoller Rückkehr kennen, kann NEAS wichtige Räume schaffen: Die Betroffenen vernetzen sich, teilen und dokumentieren Erfahrungen und machen sichtbar, was die Externalisierung der europäischen Grenzen für konkrete Auswirkungen auf das Leben von Menschen hat. Im Netzwerk entsteht ein praktisches Wissen, das über die unmittelbare Selbsthilfe hinausgeht.

Ausgehend von den Erfahrungen der Betroffenen organisiert NEAS politische Kampagnen – für soziale Teilhabe, für Rechte, für das Überleben der Betroffenen. Mit Symposien, Radioprogrammen und anderen Veröffentlichungen zeigen die Aktivist:innen auf, wie sehr die Migrationspolitik auch der eigenen Regierung das Recht auf Bewegungsfreiheit systematisch verletzt. Und sie sensibilisiert die Öffentlichkeit dafür, dass die Rückkehr in den seltensten Fällen „freiwillig“ geschah, sondern Ergebnis von Druck und Zwang ist. Gleichzeitig versucht NEAS jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Entscheidungen zur Migration selbstbestimmt und auf Grundlage verlässlicher Informationen zu treffen.



Hannah Kentouche ist bei medico unter anderem für die Kooperationen in Sierra Leone zuständig, wo sie vor ihrem Wechsel zu medico lebte und arbeitete.

Vom Pfeifen im Walde



Fotos: Małgorzata Klemens (Gosia)

Die Aktivist:innen treffen letzte Absprachen, bevor sie sich in den Wald aufmachen, um zu helfen.

Wie an der polnisch-belarussischen Grenze aus normalen Menschen mutige Fluchthelfer:innen wurden. Eine Reportage

Von Valeria Hänsel und Kerem Schamberger

Ob sie nie Angst habe, wenn sie allein im Wald auf bewaffnete Soldaten trifft? Małgorzata Klemens winkt ab. „Ich habe zu viel gesehen, um Angst zu haben“, sagt sie fast beiläufig. Wir sitzen gemeinsam in ihrem Garten inmitten des Naturschutzgebiets von Białowieża im Nordosten Polens. Um uns herum: satte Wiesen, Wald, zwitschernde Vögel. Auf dem Weg hierher haben wir uns immer wieder auf den sich zwischen Bäumen, Gräsern und Farnen verlierenden Sandwegen verfahren. Der Garten von Gosia, wie Małgorzata von allen nur genannt wird, ist ein kleines Paradies. Doch die Idylle wird immer wieder gestört: Auf dem ungeteerten Weg vor dem Haus rattern wiederholt Militärfahrzeuge vorbei. Das hat einen Grund: Nur wenige hundert Meter entfernt befindet sich der hochgerüstete Grenzzaun zu Belarus. Für Gosia ist die Militärpräsenz nicht nur Alltag, sondern auch eine Bedrohung. 2021 sind schwerbewaffnete Soldaten auf ihr Grundstück gekommen und haben ihr eine Waffe an den Kopf gehalten. Selbst das aber hat sie nicht davon abgehalten, zu bleiben.

Gosia ist Fotografin. Vor Jahren hat sie sich in das abgelegene Waldgebiet zurückgezogen, um sich hier auf Naturfotografie zu spezialisieren. Aber es kam anders. Vor vier Jahren entwickelte sich eine neue Fluchtroute in die EU. Angeheizt durch den belarussischen Machthaber Lukaschenko, versuchten ver-

mehrt Schutzsuchende – viele aus dem Irak, aber auch aus Afghanistan – von Belarus aus nach Polen zu gelangen. Damit begann sich der Białowieża-Nationalpark und die Region Podlasie zu verwandeln: Aus dem Grenzgebiet wurde eine militärische Sperrzone. Auf der Jagd nach Geflüchteten patrouillieren Soldaten und Grenzpolizei durch die Wälder. Auch bewaffnete Bürgerwehren treiben im letzten Urwald Europas ihr Unwesen. Gosia bekommt all das hautnah mit. Die Naturfotografie ist dadurch in den Hintergrund getreten. Stattdessen hilft sie Menschen, die zu verhungern drohen. Und mit ihrer Kamera dokumentiert sie das Unrecht, das hier geschieht.

Entgrenzte Gewalt und Pushbacks

Zur Abschottung gegen Geflüchtete ist entlang der Grenze über fast 200 Kilometer ein massiver Zaun errichtet worden. Er ist 5,50 Meter hoch, mit doppeltem NATO-Stacheldraht mit besonders großen Klingen bestückt und mit Wärmebildkameras ausgestattet. Militärkräfte und Drohnen kontrollieren die Straße, die an dem Zaun entlangführt. „Die Grenzarchitektur ist aber nicht dafür gemacht, etwas zu beschützen. Sie ist gemacht, um Menschen zu verletzen“, hatte uns eine Aktivistin der Gruppe „We Are Monitoring“ bereits in Warschau mit auf den Weg gegeben. Als wir vor dem Wall stehen, wird

klar, was sie meinte: Wer die Mauer überqueren will, muss aus fünf Metern Höhe in den Stacheldraht am Boden springen, dessen messerscharfe Klingen Fleischwunden bis auf die Knochen schneiden.

Was treibt Menschen in derartige Verzweiflungstaten? Klar ist: Menschen auf der Flucht, die in Polen oder Deutschland Asyl beantragen wollen, haben kaum eine andere Wahl – denn die Fluchtrouten über das Mittelmeer sind noch gefährlicher. Doch auch hier in den polnischen Wäldern sind sie enormer Gewalt ausgesetzt.



Schwer bepackt: Essen, Wasser, Medikamente und Verbandszeug müssen zu den entkräfteten Menschen im Wald.

Das bezeugen auch Gosias Fotos und Videos. Trotz massiver Einschüchterung hat sie sich immer wieder an die Tatorte in den Wäldern begeben und auf den Auslöser gedrückt. In ihrem Garten betrachten wir Aufnahmen, auf denen Sicherheitskräfte Menschen mit Stöcken verprügeln; von schwer verletzten Geflüchteten im Stacheldraht; von Menschen, die in Wäldern aufgefunden wurden, dehydriert, halb verhungert, tief verängstigt. Der Sadismus, der hier eingesetzt wird, erinnert an Berichte aus Kriegsgebieten. So sollen Soldaten den Wald mit Tonaufnahmen von Hundegebell beschallen, um Menschen – viele ohnehin schwer traumatisiert – aus ihren Verstecken oder in den Wahnsinn zu treiben. Sobald sie von Polizei und Grenzschutz aufgegriffen sind, werden sie meist wieder über die Grenze gebracht. Sogar Verletzte kommen häufig nicht zur Behandlung ins Krankenhaus, sondern werden in Militärlastern und sogar Sanitätsfahrzeugen über die Grenze gefahren und tief im Wald ausgesetzt. Selbst aus Krankenhäusern finden Pushbacks statt. Auch das hat Gosia mit ihrer Kamera festgehalten. Ein Foto zeigt eine Frau aus Somalia. Sie steht auf der anderen Seite des Zauns und blickt resigniert durch die Lücken dicker Metallstreben hindurch in die Kamera. Am Leib hat sie einen Kittel, den sie im Krankenhaus der Kleinstadt Hajnówka erhalten hat. Bedruckt ist er mit Eisbären, verschneiten Bergen und Sternen.

Naturschutzpark als Militärgelände

Auf unserer Reise durch die polnischen Wälder begleitet uns Katarzyna Czarnota. Sie hat selbst jahrelang Geflüchtete in den Wäldern versorgt. Nun rekonstruiert sie als Mitglied von Border Forensics, einer Partnerorganisation von medico, Fälle von Grenzgewalt. Dabei nutzt sie auch die Aufnahmen von Gosia. Während in den offiziellen Berichten oft Todesursachen wie Unterküh-

lung oder Dehydration angegeben sind, kommen ihre Nachforschungen zu anderen Ergebnissen. Sie zeigen, dass Menschen in den Wäldern ihren Verletzungen erlagen oder verdurstet sind, weil Militär und Polizei Aktivist:innen daran gehindert haben, sie zu erreichen und zu versorgen.

In Polen wird die Gewalt gegen Geflüchtete mit dem Narrativ gerechtfertigt, sie seien „hybride Waffen“, geschickt von Lukaschenko und Putin. Spätestens seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist die „Verteidigung der Ostflanke Europas“ zu einem wichtigen Element des herrschenden Diskurses geworden. Dabei dient er auch der Rechtfertigung der Entmenschlichung, der Schutzsuchende hier ausgesetzt sind. Doch die Präsenz Tausender Soldaten und anderer Sicherheitskräfte im Nationalpark, die martialisch aufgerüstet und mit modernster Waffentechnologie ausgestattet sind, ist nicht alleine mit einigen Hundert Geflüchteten zu erklären. Der Wald ist vielmehr zu einem Testgebiet für schweres militärisches Gerät und neueste Rüstungs- und Überwachungstechnologien geworden. Auf unserer Fahrt über die schmalen Straßen im Waldgebiet stoßen wir immer wieder auf gewaltige Baustellen. Katarzyna erklärt uns, dass Straßen in Richtung Belarus verbreitert werden, damit auch Militärfahrzeuge und Panzer auf ihnen fahren können. Wald wird gerodet, Sumpfgebiete werden trockengelegt, Flora und Fauna massiv beeinträchtigt: Im Białowieża-Nationalpark wird für Krieg trainiert.

Die Militarisierung der Grenzregion macht es immer schwieriger, Militär und Grenzpolizei für die Gewalt zur Rechenschaft zu ziehen. Hinzu kommt die Abschaffung von Grundrechtsstandards: Ende März hat die sich als liberal verstehende „Bürgerkoalition“ unter Führung von Ministerpräsident Donald Tusk das Recht auf Asyl für die ostpolnische Grenzregion offiziell

suspendiert. Bis wohin genau die Aussetzung geografisch gilt, ist unklar. Letztlich hat die Regierung damit die seit 2021 gängige Praxis der Pushbacks formalisiert und legalisiert. Zwar soll es laut Rechtsverordnung Ausnahmen geben, etwa für Schwangere und unbegleitete Minderjährige. In der Praxis ist das aber nicht der Fall.

Nicht alle machen mit

„In Polen sehen wir eine Versicherheitlichung von Migration, die für die gesamte EU immer relevanter wird“, erklärt Katarzyna. Was 2021 mit militärischer Abriegelung in einem Nationalpark begann, hat sich längst zur neuen Normalität europäischer Flüchtlingsabwehr entwickelt. Die systematische Aussetzung des Asylrechts an der polnischen Grenzregion verstößt zwar gegen Europarecht und die Genfer Flüchtlingskonvention – doch ein Vertragsverletzungsverfahren hat die EU nie angestrengt. Auch Deutschlands Grenzkontrollen und Zurückweisungen nach Polen und Österreich sind rechtswidrig. Die Bundesregierung, einer der mächtigsten Akteure im europäischen Gefüge, hat damit das Signal gesendet: Völker- und Europarecht sind im Zeitalter der Aufrüstung und Renationalisierung nicht mehr bindend, auch Grundrechte können unter Berufung auf den Notstand ausgesetzt werden. Im Ergebnis entsteht eine Rechtlosigkeit, in der „Asyl“ zur leeren Hülle verkommt. Jüngst hat Griechenland das Asylrecht für Menschen aus Nordafrika suspendiert.

Auch die nichtstaatliche Gewalt hat sich ausgebreitet. So attackieren rechtsradikale Bürgerwehren in Polen inzwischen auch Menschen, die von Deutschland aus nach Polen zurückgepusht werden. Vorangetrieben wird diese Entwicklung nicht nur von Rechtsaußen, sondern vor allem von liberal-konservativen Regierungen. „Hätte die rechte Vorgängerregierung un-

ter der PiS das Recht auf Asyl ausgesetzt, wären die Menschen auf die Straße gegangen“, glaubt Katarzyna. „Die Tusk-Regierung konnte es tun.“ In der Grenzregion beugen sich keineswegs alle dem Regierungskurs. Weiterhin versorgen Helfer:innen die Geflüchteten im Wald, so gut es geht. Katarzyna und Gosia wissen von vielen hier, die nicht die Polizei rufen, wenn Schutzsuchende an ihre Türen klopfen, sondern diskret Unterstützung leisten. „In den Dörfern an der Grenze gibt es zwar in fast jeder Familie Mitglieder der Grenzpolizei“, erzählt Katarzyna. „Aber es gibt auch fast immer jemanden, die oder der schon Menschen auf der Flucht geholfen hat.“ Auch aus anderen Teilen des Landes sind Aktivist:innen ins Grenzgebiet gekommen, um hier

praktische Solidarität zu leisten. Viele haben sich zu dem Netzwerk Grupa Granica zusammengeschlossen. Ihre Hilfe wird von Warschau aus unterstützt: Dort betreibt die Initiative We Are Monitoring ein „Alarmphone“. Melden sich Geflüchtete, die in den Wäldern Unterstützung brauchen, werden Aktivist:innen in den sogenannten Basas informiert. Das sind Orte im Waldgebiet, von denen aus diese sich mit Kleidung, Essen und Erste-Hilfe-Sets auf die Suche nach den Schutzsuchenden machen – in der Hoffnung, sie vor dem Militär oder der Grenzpolizei zu finden. Gleichzeitig dokumentiert We Are Monitoring die staatliche Gewalt: Seit 2021 hat die Initiative rund 11.300 Pushbacks und über 100 Todesfälle registriert. Die tatsächlichen



Blutdruck messen, Erste Hilfe: Freiwillige Helfer:innen verteidigen die Menschlichkeit in einem der letzten Urwälder Europas.

Zahlen dürften weitaus höher liegen. Auch wenn diese Arbeit legal ist, kam es schon mehrfach zu Hausdurchsuchungen, Aktivist:innen landen immer wieder auf Polizeiwachen.

Legale Gewalt, illegale Hilfe?

In einem kleinen Dorf im Waldgebiet treffen wir Ewa Moroz-Keczynska. Die Ethnologin ist Leiterin der Bildungsabteilung im Nationalpark Białowieża. Ewa ist hier geboren und nach ihrem Studium in Warschau hierher zurückgekehrt. Kaum jemand versteht das hiesige Ökosystem so gut wie sie. Sie ist zutiefst beunruhigt über die Verunreinigung der Gewässer und den Rückzug der Wölfe durch den Bau des Grenzzauns. Die Menschen der Region kennen Ewa, viele von klein auf. Heute wird sie von den meisten bewundert und um Rat gefragt. Von anderen wird sie gemieden. Aber auch die Rechten aus der Region trauen sich nicht, sie öffentlich anzugreifen. Warum sie ihre Umgebung so polarisiert? Ewa ist eine zentrale Figur in der Unterstützung von Geflüchteten. Es begann 2021. „Als ich im Wald ausgehungerte Menschen entdeckte, konnte ich nicht wegschauen“, erinnert sie sich. Sie half mit Kleidung und Essen. Im März 2022 wurde sie festgenommen, als sie mit vier anderen Aktiven zusammen einer kurdischen Familie half, aus dem Wald herauszufinden und ins Dorf zu gelangen.

Das nächste Mal sehen wir Ewa im September, als sie gemeinsam mit den anderen Aktivist:innen auf der Anklagebank sitzt. Genannt werden sie die Hajnówka 5. Unter Berufung auf Artikel 264a des polnischen Strafgesetzbuches hat die Staatsanwaltschaft eine Anklage für „Beihilfe zum illegalen Aufenthalt in Polen“ konstruiert. Ihnen drohen bis zu fünf Jahre Haft. Der Prozess wurde nach Białystok in den größten Gerichtssaal verlegt, damit er all den Journalist:innen und der interessierten Öffent-

lichkeit Platz bieten kann. Alle warten gespannt auf das Urteil. Auch medicos polnische Partnerorganisationen sind vor Ort: die Anwält:innen der Helsinki Foundation for Human Rights und das Kollektiv Szpila, die die Angeklagten von Anfang an unterstützen und vor Gericht eine Experteneinschätzung zum Vorwurf abgeben. Ihr Ziel ist es, ein positives Präzedenzurteil zu schaffen, das ein für alle Mal klar macht: Flucht und Solidarität dürfen nicht kriminalisiert werden.

Am Ende des Verfahrens steht Ewa für ihr Abschlussplädoyer auf. Sie schaut den Vertreter:innen der Staatsanwaltschaft ins Gesicht und fragt: „Wenn die Rettung von Gesundheit und Leben ein Verbrechen ist, was ist dann Gleichgültigkeit? Wenn wir heute verurteilt werden, ist das nicht nur eine Verurteilung der Hilfe, sondern auch normalen menschlichen Anstands. Unser Freispruch würde einer ganzen Gemeinschaft, die in der schwierigsten Zeit Menschlichkeit über Gleichgültigkeit oder Feindseligkeit gestellt hat, das Stigma des Verbrechens nehmen. Lassen Sie mich weiterhin daran glauben, dass es sich lohnt, anständig zu sein.“ Der Richter spricht die Angeklagten in allen Punkten frei. Denn Hilfe ist kein Verbrechen, so sagt er.



Valeria Hänsel und Kerem Schamberger bilden bei medico international das Tandem zu Flucht und Migration. Gemeinsam haben sie im Sommer das polnische Grenzgebiet bereist.



Die Regierung betreibt Armenbashing im Wochentakt



Katja Kipping ist seit September 2024 Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, zu dessen überregionalen Mitgliedsorganisationen auch medico gehört.

Ein Gespräch mit Katja Kipping über deutsche Sozialpolitik in Zeiten der globalen Krisen

Der Tritt nach unten ist aktuell Programm. Im Wahlkampf ging es täglich gegen Migrant:innen, der damalige Kanzlerkandidat Friedrich Merz kündigte an, „dieses System Bürgergeld vom Kopf auf die Füße zu stellen“ und dadurch zweistellige Milliardenbeträge einsparen zu wollen. Inzwischen hat die neue Regierung eine Nullrunde beim Bürgergeldsatz im nächsten Jahr angekündigt.

In der Tat. Wieder einmal ist die Rede von „Totalverweigerern“ oder von Menschen, die sich angeblich auf Kosten des Staates „zurücklehnen“ würden. Wir haben als Paritätischer Wohlfahrtsverband vor kurzem die ersten 100 Tage Merz-Regierung in den sozialen Medien kommentiert. Wir zogen zunächst einmal eine diskursive Bilanz: Die Regierung hat nicht ein einziges Mal Empathie mit den Ärmsten zum Ausdruck gebracht, aber gefühlt im Wochentakt Armenbasching betrieben. Doch dabei wird es wohl kaum bleiben. Friedrich Merz will erklärtermaßen die Reichsten weiter vor Steuergerechtigkeit bewahren, aber bei den Ärmsten kürzen. Dabei ist der Regelsatz im Bürgergeld schon jetzt künstlich kleingerechnet. Aktuell beträgt er lediglich 563 Euro für eine:n Alleinstehende:n. Ein armutsfester Regelsatz beim Bürgergeld läge aktuell bei 813 Euro.

Als jemand, der seit Jahrzehnten sozialpolitisch aktiv ist: Wie würdest du die aktuelle

Entwicklung beschreiben? Dir kommt sicher einiges bekannt vor...

Die Kontinuität besteht vor allem darin, dass es wiederkehrende Konjunkturen gibt. Die Agenda 2010 beispielsweise ist diskursiv vorbereitet worden durch die Beschimpfung von armen Menschen als Faulenzer. Das waren vor allem Wolfgang Clement und Gerhard Schröder. Einzelne Zeitungen haben das mitbetrieben, man denke an die Geschichte über „Florida Rolf“. Natürlich gibt es das immer als eine Art Grundrauschen. Doch in jenen Jahren wurde eine Stimmung geschaffen, auf die dann die Agenda folgte.

Doch in den Jahren darauf war die Stimmung ambivalenter, oder? Agenda 2010 und Hartz IV wurden vielerorts als großer Fehler interpretiert.

Danach hat es eigentlich eine doppelte Entwicklung gegeben. Einerseits gab es organisierten Gegenwind: Wohlfahrtsverbände, Erwerbsloseninitiativen, aber auch Linke und Gewerkschaften haben über einen wirklich langen Zeitraum für mehr Teilhabe und mehr soziale Garantien gestritten, die auch ein Umdenken bei den Agenda-Parteien zur Folge hatte. Es gab also eine gesellschaftliche Stimmung, die stärksten sozialen Verwerfungen der Agenda 2010 zu korrigieren. Andererseits hat die Union – durchaus orchestriert

und generalstabsartig, wie das Buch „Es braucht nicht viel“ von Helena Steinhaus und Claudia Cornelsen zeigt – weiterhin einen Diskurs geprägt, der Sozialleistungen für Arme zum politischen Hauptproblem erklärt. Steuererleichterungen für Superreiche oder Steuerhinterziehung und Skandale wie Cum Ex fallen dabei dann hinten runter.

Blickt man auf die letzten 20 Jahre Politik, aber auch auf die aktuelle Bundesregierung, kann man den Eindruck bekommen, dass der Hass auf die Schwächsten ein zentrales Schmiermittel des politischen „Weiter-so“ ist. Mal geht es gegen Migrant:innen, mal gegen die Ärmsten. Wie sollte man dem begegnen?

Zum einen mit Solidarität, zum anderen mit Aufklärung. So kann man im Gespräch schon mal eine Gegenfrage stellen. Zum Beispiel: Wie kommen Sie eigentlich darauf, dass Sie auch nur einen Euro mehr in der Tasche haben, wenn es den Ärmsten noch schlechter geht? Glauben Sie ernsthaft, die aktuellen Mehrheiten im Bundestag stellen sicher, dass das, was beim Sozialen gekürzt wird, ausgerechnet Ihnen zugute kommt?

Als medico gilt unser Blick ja traditionellerweise dem globalen Süden, der noch einmal ganz anders unter den Folgen der hiesigen Politik leidet. Armut, würden dort vielleicht nicht wenige sagen, gibt es in Deutschland gemessen an ihren Erfahrungen nicht.

Numerisch haben sich die Sozialleistungen in Deutschland gesteigert, aber stellt man die inflationsbedingten Kaufkraftverluste in Rechnung, dann hat sich die Armut hierzulande verschärft. Die Menschen können sich vom Regelsatz heute weniger leisten als noch vor vier Jahren. Gleichzeitig gilt, dass Armut sich wesentlich bestimmt durch die Distanz zum durchschnittlichen Lebensniveau einer Gesellschaft, eben durch Möglichkeiten der Teil-

habe. Es gibt deshalb aus gutem Grund international die Verständigung darauf, Armut als relative Größe, also am durchschnittlichen Standard einer Gesellschaft zu messen.

Wenn wir über das reden, was Ex-Kanzler Scholz die Zeitenwende genannt hat: Welchen Einfluss haben diese Entwicklungen auf die Sozialpolitik?

Natürlich erleben wir die Folgen des Klimawandels oder des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine auch hier. Allerdings muss man erst einmal betonen, dass sie sich anderswo sehr viel heftiger und deutlicher zei-

Das eigentliche Dilemma ist: Die Lockerung der Schuldenbremse ist da, aber der Wille zur Steuergerechtigkeit durch Umverteilung fehlt.

gen. Auch wenn hierzulande beispielsweise Heiz- und Energiekosten gestiegen sind, kommen die globalen Krisen hier abgefedert an. Dennoch verschärfen diese Entwicklungen natürlich gerade bei den armen Haushalten die ohnehin prekäre Lage. Viel wichtiger, als diese Folgen bloß abzumildern, scheint mir allerdings, dass angesichts der globalen Gemengelage und der erwartbaren Krisen ein Umdenken gefordert ist: Es stellt sich zukünftig die Frage, wie unsere Gesellschaft „resilienter“ werden kann im Sinne der Fähigkeit, mit den globalen Krisen vernünftig umzugehen.

Wie siehst du vor diesem Hintergrund das 500 Milliarden schwere „Sondervermögen

Infrastruktur und Klimaneutralität“, das die Regierung zeitgleich zur Lockerung der Schuldenbremse noch vor Dienstantritt auf den Weg gebracht hat?

Die Regierung ist ja gestartet mit dem Willen zu investieren. Aber es gibt eben einen extrem begrenzten Investitionsbegriff. Da denken viele an Brücken und Straßen. Aber die Orte des Lebens, die diese Wege verbinden, werden dabei oft vergessen. Es geht also auch um Investitionen in Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, soziale Einrichtungen, Orte der Begegnung. Nichtstaatliche, gemeinnützigen Akteure waren da weniger auf dem Zettel, obwohl sie extrem wichtig sind. Das eigentliche Dilemma wird sein: Die Lockerung der Schuldenbremse ist da, aber der Wille zur Steuergerechtigkeit durch Umverteilung fehlt. Eine Regierung, die nicht für mehr Steuergerechtigkeit sorgen will, kann die Gesellschaft nicht zusammenhalten. Diese Unterlassungssünde begleitet die Handlungsunfähigkeit der Politik seit Jahrzehnten.

Wir erleben, so würde ich sagen, eine Stimmung, die einen gegenteiligen Schluss zieht: Jetzt, in Zeiten von Krieg und Krise, wo es ums nackte Überleben geht, müssen einige Gewohnheiten auf den Prüfstand. Die fetten Jahre sind vorbei, jetzt heißt es Wehrpflicht usw. Da ist wenig Platz für soziale Rechte oder die Idee, dass den Krisen eben gerade nicht mit noch mehr Härte und dem „survival of the fittest“ beizukommen ist.

Je verrückter die Welt wird, desto wichtiger sind soziale Garantien. Es tut Not im multiplen Krisengeschehen, dass soziale Garantien, aber eben auch soziale Infrastrukturen erhalten und gestärkt werden. Und dabei geht es gerade nicht nur um Sozialleistungen und monetäre Fragen, sondern um soziale und gesellschaftliche Infrastruktur. Können Wohnungslose, Pflegebedürftige oder Suchtkranke irgendwo hin, wenn sie nicht weiterwissen?

Wo kann jenseits von Konsumdruck Begegnung und Austausch stattfinden?

Du bist jetzt seit einem knappen Jahr Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Wie nimmst du die allgemeine Lage wahr?

Was wir eigentlich in allen Bereichen erleben, in denen Menschen mit besonderen Nöten unterwegs sind, ob das nun Bürgergeld oder Migration ist: Es sind verdammt harte Zeiten für die Betroffenen – aber auch für diejenigen, die beruflich oder ehrenamtlich tätig sind. Für Letztere ist die Situation schwierig und teils katastrophal. Sie sehen, wie wichtig gerade jetzt die Strukturen sind, die sie anbieten, beispielsweise Migrationsberatung oder psychosoziale Zentren. Die Nachfrage steigt kontinuierlich. Gleichzeitig sind sie von massiven Kürzungen bedroht und nicht selten mit politischen Angriffen und Anfeindungen konfrontiert. Man muss allerdings betonen, dass es

Der Aufwind der Rechten ist ein Angriff auf zivilgesellschaftliche Werte, aber auch auf die Schwächsten und die Arbeit mit ihnen.

selbst in Zeiten wie diesen auch Erfolge gibt, die nicht selten auf langjähriges Engagement zurückgehen. Der Freiwilligendienst ist so ein Beispiel. Oder das Bundestariftreuegesetz, das vom Arbeitsministerium auf den Weg gebracht wurde und öffentliche Auftragnehmer zukünftig auf die Einhaltung von Tarifverträgen verpflichtet. Es ist also selbst heute nicht

alles schlecht und es liegt auch immer – zumindest ein bisschen – an uns allen, wie es weitergeht.

Das klingt jetzt fast so, als hättest du das vor fünf oder zehn Jahren auch schon sagen können. Wenn wir in die Zukunft blicken: Glaubst du nicht, dass die Kontinuität der letzten Jahrzehnte unterbrochen ist und wir uns in einer fundamental neuen Situation befinden, die auch sozialpolitisch Schlimmes erahnen lässt?

Die Lage ist tatsächlich sehr ernst. Nehmen wir das Beispiel Jugendhilfe: Die Bedarfe wachsen und die Programme werden ange-

Jahrelang hat man uns erklärt, dass Regierungen kaum handlungsfähig sind, sie die Wirtschaft umgarnen müssen und nur Sachzwänge verwalten können.

griffen. In der Eingliederungshilfe zeigt sich mehr oder minder das Gleiche. Wir erleben außerdem eine Verächtlichmachung von sozialen Diensten und gesellschaftlichem Engagement. Der Aufwind der Rechten hat viel damit zu tun. Er ist ein Angriff auf zivilgesellschaftliche Werte, aber auch auf die Schwächsten und die Arbeit mit ihnen. Diese Bedrohung spüren viele. Gleichzeitig bleibe ich dabei: Es ist wichtiger, sich zu fragen, wie der Kollaps verhindert werden kann, als zu orakeln, ob oder wann er kommt. Da ist es wichtig, zu betonen: Das, was es an Begegnungszentren und Hilfsangeboten, an Initiativen und ge-

wachsenen Strukturen gibt, sind keine Almosenverteilungsstätten, sondern spielen demokratiepolitisch eine große Rolle.

In den vergangenen Jahrzehnten waren es oftmals sozialdemokratische und sogar nominell linke Regierungen, die den Sozialabbau und neoliberale Reformen umgesetzt haben. Dennoch verkörperte dieser auch von links praktizierte Neoliberalismus ja ein Modernisierungsversprechen. Ist Sozialabbau heute wieder ein klassisch rechtes Projekt?

Das ist etwas komplizierter. Erstens würde ich gerne deinen Begriff von „nominell linke“ hinterfragen. Denn es gab ja auch Gegenbeispiele. Ich würde eher sagen, dass der Boden, auf dem die neue Rechte gedeiht, von den neoliberalen Politiken bereitet wurde. Das war zwar ausdrücklich nicht so intendiert, aber ist nichtdestotrotz ein Ergebnis. Der Neoliberalismus stand seinem Selbstverständnis nach für Modernisierung und für Abbau sozialer Sicherheiten. Die soziale Verunsicherung und die Zunahme von Abstiegsängsten haben dann wiederum eine gesellschaftliche Atmosphäre geschaffen, in der der Rechtspopulismus Zulauf bekommt. Und dies wiederum untergräbt die erfolgte oder beabsichtigte Modernisierung und Liberalisierung.

Was können denn Großorganisationen und Verbände in dieser Situation tun, die vielen verhängnisvoll erscheint?

Ich denke jedenfalls, dass die Zukunft weiterhin offen und umkämpft ist. Verschiedene Akteure haben im Kampf um die Zukunft verschiedene Aufgaben und Positionen. Als Paritätischer ziehen wir unsere Überzeugungskraft erstens aus der Breite und Praxis unserer Mitgliedschaft. Immerhin vereint das Dach des Paritätischen über 10.000 Mitgliedsorganisationen und rund 500.000 hauptamtliche Mitarbeitende. Deren praktische Erfahrungen sind eine Quelle unserer Expertise.

Hinzu kommt die fachliche und wissenschaftliche Arbeit in unserer Geschäftsstelle und der Paritätischen Forschungsstelle. Daraus ergibt sich für uns die Aufgabe, soziale Problemlagen zu thematisieren, die sonst schnell übersehen werden. Als Paritätischer sind wir parteipolitisch innerhalb des demokratischen Spektrums neutral. Aber wir ergreifen Partei in der Sache für Gleichheit aller in ihren Rechten und Vielfalt in der Gesellschaft. Durch Thematisierungen und Mobilisierungen und Aufklärung wirken wir darauf hin, dass von den politisch Verantwortlichen jeweils ihre bestmögliche Variante zum Tragen kommt.

Dennoch: Der globale Druck ist und bleibt gigantisch. Früher hat man gerne den Weltmarkt bemüht, um Kürzungspolitiken zu rechtfertigen. Ist der „Druck der Welt“ auf nationale Politik spätestens heute real? Wie soll es da in absehbarer Zeit im nationalen Rahmen besser werden können?

Es gibt durchaus auch eine andere Lehre des Globalen, die etwas paradox ist: Jahrelang hat man uns erklärt, dass Regierungen kaum handlungsfähig sind, sie die Wirtschaft umgarnen müssen und nur Sachzwänge verwalten können. Jetzt zeigt Trump, dass man die großen Konzerne zur Abschaffung von Gender Mainstreaming zwingen kann. Den Inhalt seiner Politik lehne ich natürlich komplett ab. Aber die Reaktionen auf sein Vorgehen könnten ja womöglich auch eine Ermutigung für Regierungen sein, energischer für Klimaschutz und Steuergerechtigkeit vorzugehen. Immerhin zeigen die aktuellen Entwicklungen, dass für Regierungen durchaus politische Spielräume bestehen, wenn man sie denn sehen und nutzen will.

Das Interview führte Mario Neumann.

medico aktiv

Licht an!

200.000 Euro für Solarenergie
in Rojava



In drei Schulen in Qamişlo brennt wieder Licht. Aus den Hähnen kommt Wasser, Dörfer können ihre Brunnen betreiben, Flüchtlingsfamilien aus Afrin und Shebha mit kleinen Solarmodulen ihre Handys aufladen. All das war bis vor Kurzem in Teilen von Rojava in Nordostsyrien nicht oder nur eingeschränkt möglich. Nicht zuletzt die fortgesetzten türkischen Luftangriffe in den letzten Jahren haben in der von Krieg gebeutelten Region weite Teile der Infrastruktur zerstört. Vielerorts ist die Versorgung mit Wasser und Strom schlecht, was den Lebensalltag massiv erschwert. Doch dank der von medico unterstützten Kampagne „Solardarity“ hat sich einiges getan. Vor über einem Jahr fing die Spendensammlung für Solarenergie für Rojava an, gesammelt wurde auf zahlreichen Veranstaltungen, Konzerten und Festivals. Mehr als 200.000 Euro sind so zusammengekommen. medico und die Partnerorganisationen in Rojava sagen: Danke für die großartige Solardarity!

solardarity-rojava.org

Rückkehr der Mine

Mehrere EU-Staaten treten aus dem Ottawa-Abkommen aus

Was am 18. September 1997 in Oslo geschah, war einer der größten Erfolge einer globalen zivilgesellschaftlichen Bewegung für Abrüstung: Ein völkerrechtlicher Vertrag verbot den Einsatz und die Herstellung von Antipersonenminen. Letztlich sollten 165 Regierungen das „Ottawa-Abkommen“ unterzeichnen, darunter alle heutigen EU-Staaten. Als eine der Gründerorganisationen der Initiative von unten, die Druck erzeugt und damit den Vertrag auf den Weg gebracht hatte, wurde auch medico international 1997 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Zwar blieben Staaten wie die USA, Russland, China und Indien dem Abkommen fern. Dennoch schränkte es den Mineneinsatz massiv ein. Zudem wurden weltweit Programme zur Minenräumung gestartet, die bis heute andauern. All das hat unzähligen Menschen das Leben gerettet. 2025 sollte die Welt eigentlich minenfrei sein. Doch weit gefehlt. So hat die US-Administration jüngst ihre Unterstützung von Räumprogrammen eingestellt. In diesem Sommer sind nun die baltischen Staaten, Polen und Finnland aus dem Vertrag ausgestiegen: Minen sollen die Grenzen zu Russland und Belarus schützen. Mitte Juni unterzeichnete medico einen offenen Brief, um Außenminister Wadephul und Verteidigungsminister Pistorius vor einer möglichen Wiederaufnahme von Antipersonenminen zu warnen. Der Brief erhob die Forderung an beide, die Regierungen davon zu überzeugen, Teil des Abkommens zu bleiben. So wie das Abkommen 1997 Symbol für eine friedlichere Welt war, markiert die Aufkündigung einen Umbruch: Die Idee einer gegenseitigen Sicherheit ist verworfen. Mit dem Aufkommen weltweiter Kriegsregime kehrt auch die Mine zurück.

Tatort: Namibia

Deutsche Gewaltgeschichte am Sonntagabend

Während der Tatort-Sommerpause in der ARD blickte medico zur klassischen Sendezeit auf einen Tatort der anderen Art: Shark Island in Namibia. Im Rahmen eines Vernichtungskriegs, der heute gemeinhin als erster Genozid des 20. Jahrhunderts gilt, errichtete die deutsche Kolonialmacht 1904 auf der Halbinsel in der Lüderitzbucht ein Konzentrationslager. Tausende Nama und Ovaherero wurden dort ermordet. Am letzten Sonntag im August zeigten wir um 20.15 Uhr im Livestream den Film „Shark Island“, in dem das Forschungskollektiv Forensic Architecture die koloniale Gewaltlandschaft der Haifischinsel sichtbar macht. Im Anschluss moderierte die Schauspieler*in Melika Foroutan, die ab diesem Herbst in der ARD als neue Kommissarin des Frankfurter Tatort-Teams zu sehen sein wird, ein Gespräch mit Sima Luipert vom namibischen medico-Partner der Nama Traditional Leaders Association und Mark Mushiva von Forensic Architecture über den andauernden Kampf für Gerechtigkeit zwischen Namibia und Deutschland. Besonders aktuell, nachdem die neue Bundesregierung kurz nach ihrem Start betonte, keine Reparationen zahlen zu wollen und den holprigen Versöhnungsprozess nicht im Sinne der Opfer weiterführt. Erfreulich hingegen, dass an mehreren Orten in Deutschland der Namibia-Tatort in öffentlichen Screenings gezeigt wurde. Auch ein Zeichen gegen das Vergessen.

medico.de/landminen-brief

medico.de/erased-memories

Spenden & Stiften

In krisenhaften Zeiten braucht es Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung: **medico** und die Partnerorganisationen weltweit sind nicht ohne kritische Wegbegleiter:innen zu denken. Mit einer Spende, Fördermitgliedschaft oder Zustiftung können Sie unsere Arbeit solidarisch unterstützen. Vielen Dank!

Spende an „medico international“ – da, wo es am nötigsten ist, oder mit einem themenbezogenen Spendenstichwort.

Spendenaktionen selber planen und im Freundeskreis sammeln oder **Spenden verschenken!**

Sie erhalten automatisch eine **Jahresspendenbescheinigung**. Auf Wunsch stellen wir auch direkt eine Einzelspendenbescheinigung aus.

Ausführliche Informationen finden Sie unter: **medico.de/spenden**

FÖRDERMITGLIEDSCHAFT: Ihre Fördermitgliedschaft ermöglicht es uns, mit unseren Partnerorganisationen weltweit langfristig und nachhaltig zusammenzuarbeiten. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken.

medico.de/foemi

STIFTER:IN WERDEN: Mit einer Zustiftung oder einem Darlehen an die medico-Stiftung ist Ihr Geld solidarisch im Einsatz und sichert die Unabhängigkeit von medico. Die Stiftung fördert aus ihren Erträgen jährlich viele Partnerorganisationen des medico-Vereins.

stiftung-medico.de

TESTAMENTSPENDE: Sie können sowohl den Verein als auch die Stiftung medico international testamentarisch oder durch eine Zuwendung aus ererbten Vermögen bedenken. Beide medico-Organisationen sind als gemeinnützig anerkannt und dadurch von der Erbschafts- und der Schenkungssteuer befreit.



SPENDENKONTO MEDICO INTERNATIONAL DE69 4306 0967 1018 8350 02

MIT MEDICO IN KONTAKT

Umzug, Bankänderung oder eine neue E-Mail-Adresse? Online eintragen und mit medico in Kontakt bleiben:

medico.de/spendenservice

FRAGEN & ANREGUNGEN:

Vivien Kaplan & Mirjam Kuchinke

Zentrale und Kommunikation

Tel.: [069] 944 38-0, info@medico.de

SPENDEN & KOMMUNIKATION:



Gudrun Kortas

Beratung zu Zustiftungen und Testamentsspenden

Tel.: [069] 944 38-28

kortas@medico.de



Janne Reuver

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-64

reuver@medico.de



Johannes Richter

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-71

richter@medico.de



Carlos dos Santos

Spendenverwaltung und Geldauflagen

Tel.: [069] 944 38-52

spenden@medico.de



Plakat DIN A2

Zehn Jahre

Sommer

der Migration

und vieles mehr...

BESTELLEN & VERBREITEN

Bestellen Sie kostenlos das medico-rundschreiben sowie aktuelle Broschüren, Plakate und Flyer – gerne auch in größerer Stückzahl zum Auslegen und Verteilen.

Auf unserer Webseite finden Sie alles zum Bestellen oder Herunterladen:

medico.de/material



NO JUSTICE, NO PEACE

Blick zurück: das rundschreiben 3/2000



Was brauchen Menschen und Gesellschaften, um vergangene Menschenrechtsverletzungen angemessen aufarbeiten zu können? Diese Frage ist – siehe Syrien – hochaktuell. Neu ist sie nicht. medico engagierte sich schon in den 1990er-Jahren angesichts von Diktaturen und Bürgerkriegen für das, was Transitional Justice genannt wird. Unterstützt wurden Partnerorganisationen, die gegen das Verdrängen und für ein Ende von Straflosigkeit kämpften, von Angola über Guatemala bis Nordirak. Die Haltung dabei: Ohne Gerechtigkeit keine Versöhnung. All das war Neuland, kritische Reflexion nötig. Dazu beitragen wollte die medico-Konferenz „Die Gewalt überleben. Psychosoziale Arbeit nach Krieg und Diktatur“ im Sommer 2000. Ein Report dokumentierte den internationalen Austausch. Das kurz darauf erschienene rundschreiben stellte die südafrikanische Erfahrung in den Fokus: Eine 1996 eingesetzte Wahrheits- und Versöhnungskommission untersuchte die Verbrechen während der Apartheid. Jenseits des Strafrechts sollte sie Opfer und Täter in „Dialog“ bringen, Versöhnung ermöglichen und einen Bürgerkrieg verhindern. Tausende legten Zeugnis ab, Schmerz und Wut erhielten Raum, Unrecht und Schuld wurden öffentlich. Gleichwohl blieben viele Taten verschwiegen, Täter auf ihren Posten und Opfer benachteiligt, zumal Entschädigungszahlungen nur wenige erreichten. Die Vergangenheit war nicht vergangen.

„Reconciliation goes with a package“, heißt es im rundschreiben. In diesem Geiste pochten Opfergruppen wie die von medico unterstützte Khulumani Support Group weiter auf Reparationen. Druck erzeugte auch die Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika. Eine in den USA eingereichte Entschädigungsklage gegen Konzerne, die von der Apartheid profitierten, wurde 2013 abgewiesen. Ein Rückschlag, aber nicht das Ende. Khulumani gibt es noch, den Kampf um Gerechtigkeit allemal, fortgesetzt von einer neuen Generation. Allerdings gibt es auch neue Gegner. Wegen eines Gesetzes, das die Enteignung von Land zum Ausgleich des Unrechts der Apartheid-Ära ermöglichen soll, haben die USA im Frühjahr Sanktionen gegen Südafrika verhängt.



Das rundschreiben erscheint seit 1982, Ausgaben seit 1999 finden sich digital: [medico.de/rundschreiben-archiv](https://www.medico.de/rundschreiben-archiv). Auch der erwähnte Report ist online verfügbar: www.medico.de/download/mi_report23.pdf

STOPPT DEN GENOZID!
KUNDGEBUNG AM GROSSEN STERN,
BERLIN

27. SEPTEMBER 2025
17-21 UHR



ALL EYES ON GAZA

auf der Bühne:

Ali Bumaye
Aya Samra
Antifuchs
Ceren
Ebow
OG LU
K.I.Z
Pashanim
PTK



IN VERBINDUNG BLEIBEN!

Das medico-rundschreiben erscheint viermal im Jahr und kann kostenlos abonniert werden. Im Blog mischen wir uns in Debatten ein. Unser Newsletter hält Sie auf dem Laufenden, über unseren Telegram-Kanal bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy und in den sozialen Medien finden Sie uns auf der Plattform Ihrer Wahl.

medico.de/verbinden

